



Wortprotokoll der 116. Sitzung

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berlin, den 3. Juli 2024, 11:15 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E. 800

Vorsitz: Katrin Zschau, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Anhörungsgegenstand

Seite 5

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen

BT-Drucksache 20/10617

Hierzu wurde verteilt:

20(25)647 Stellungnahme

20(25)648 Stellungnahme

20(25)649 Stellungnahme

20(25)650 Stellungnahme

20(25)651 Stellungnahme

Federführend:

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,

nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung,

Bauwesen und Kommunen

Haushaltsausschuss



Liste der Sachverständigen

Tim Bagner¹

Referent Umwelt-, Wasser- und Abfallpolitik
Deutscher Städtetag
A-Drs. 20(25)650

Stephan von Bothmer²

Geschäftsführer
UHRIG Energie GmbH
A-Drs. 20(25)651

Prof. Dr. Christoph Donner³

Vorstandsvorsitzender
Berliner Wasserbetriebe
keine Stellungnahme

Dipl.-Ing. Ulrike Franzke⁴

Vorständin
Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
keine Stellungnahme

Dipl.-Ing. Frank Hennig⁵

Diplomingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung
A-Drs. 20(25)647

Benjamin Köhler⁶

Energie & Klimaschutz Senior Researcher
Öko-Institut e. V.
A-Drs. 20(25)648

¹ Teilnahme aufgrund von § 69a Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundestages

² Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

³ Benannt durch die Fraktion der SPD

⁴ Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

⁵ Benannt durch die Fraktion der AfD

⁶ Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Volkmar Langefeld⁷
Geschäftsführer
Stadtwerke Frankenthal GmbH
A-Drs. 20(25)649

Dr. Kai Lobo⁸
Stv. Hauptgeschäftsführer
Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)
keine Stellungnahme

⁷ Benannt durch die Fraktion der FDP

⁸ Benannt durch die Fraktion der SPD

**Anwesenheit laut Unterschriftenliste oder Rückmeldung bei digitaler Teilnahme:****Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Hümpfer, Markus Kleebank, Helmut Mehltretter, Andreas Mesarosch, Robin Rimkus, Andreas Scheer, Dr. Nina Wallstein, Maja Zschau, Katrin	
CDU/CSU	Helfrich, Mark Jung, Andreas Koeppen, Jens König, Anne Lenz, Dr. Andreas Weiss, Dr. Maria-Lena	Gebhart, Dr. Thomas
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Herrmann, Bernhard	
FDP	in der Beek, Olaf Kruse, Michael Stockmeier, Konrad	
AfD	Bernhard, Marc Hilse, Karsten Kotré, Steffen Kraft, Dr. Rainer	
Gruppe Die Linke	Lenkert, Ralph	

Ministerium bzw. Dienststelle	Name	Amtsbezeichnung
BMWK	Wenzel, Stefan	PStS



Anhörungsgegenstand

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen

BT-Drucksache 20/10617

Die **Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren und meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie sehr herzlich zu der heutigen öffentlichen Anhörung bei uns im Ausschuss für Klimaschutz und Energie. Gegenstand der Anhörung ist der Antrag der Fraktion der CDU/CSU, Ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen, auf Bundestagdrucksache 20/10617.

Ich begrüße im Einzelnen natürlich zuerst die Damen und Herren Sachverständigen, die unserem Ausschuss ihren Sachverstand zur Verfügung stellen, die Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses und der mitberatenden Ausschüsse, für die Bundesregierung, den Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Wenzel, die Vertreterinnen und Vertreter der Länder, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und nicht zuletzt die Gäste, die der Anhörung hier im Saal oder live im Internet oder im Parlamentsfernsehen folgen.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung oder beziehungsweise Anhörung darf ich folgende Erläuterung geben. Zunächst erhalten Sie, als die Sachverständigen, die Gelegenheit für ein Eingangsstatement von jeweils drei Minuten. Anschließend folgen Fragerunden. Und um dies in der uns zur Verfügung stehenden Zeit von insgesamt anderthalb Stunden durchführen zu können, sind wir darauf angewiesen, dass sich alle kurzfassen beziehungsweise die Zeiten einhalten. Wir sind als Fraktionen übereingekommen, dass pro Wortmeldung eine maximale Zeit für Frage und Antwort von insgesamt vier Minuten in der ersten Runde, sage ich dann aber nochmal, und drei Minuten in den folgenden zwei Runden unbedingt eingehalten werden müssen. Sie kennen das eventuell schon, die verbleibende Redezeit können Sie oben auf dem Bildschirm sehen.

Die schriftlichen Stellungnahmen unserer Sachverständigen sind verteilt worden und stehen auch online allen Interessierten zur Verfügung. Über diese Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Daher werden die Sachverständigen vor

jeder Wortmeldung, auch wenn Sie dann denken, schon wieder, von mir namentlich aufgerufen.

Und bevor ich Ihnen gleich das Wort erteile für die Einführung, möchte ich Sie alle noch einmal aufrufen und namentlich begrüßen. Tim Bagner, Referent Umwelt-, Wasser- und Abfallpolitik Deutscher Städtetag, herzlich willkommen. Stephan von Bothmer, Geschäftsführer UHRIG Energie GmbH, auch Ihnen einen schönen guten Tag, Prof. Dr. Christoph Donner, Vorstandsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe, herzlich willkommen. Diplom-Ingenieurin Ulrike Franzke, Vorstandin Stadtentwässerungsbetriebe Köln, herzlich willkommen. Diplom-Ingenieur Frank Hennig, Diplom-Ingenieur für Kraftwerksanlagen und Energieumwandlung, auch Ihnen einen guten Tag. Benjamin Köhler, Senior Researcher im Bereich Energie- und Klimaschutz, Öko-Institut e. V., herzlich willkommen. Volkmar Langefeld, Geschäftsführer Stadtwerke Frankenthal GmbH, herzlich willkommen bei uns. Und Dr. Kai Lobo, stellvertretender Hauptgeschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen VKU, auch Ihnen ein herzliches Willkommen hier bei uns.

Und wir beginnen in der Reihenfolge, wie ich sie eben vorgelesen habe, mit den Eingangsstaments von drei Minuten. Herr Bagner, ich erteile Ihnen das Wort.

SV Tim Bagner (Deutscher Städtetag): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank, dass wir eingeladen sind, über das Thema Abwasserwärme zu sprechen. Das ist ein wichtiges Thema. Und ich darf als Deutscher Städtetag hier sprechen, aber auch für die anderen beiden Kommunalen Spitzenverbände.

Ich will vielleicht drei wesentliche Aspekte bedienen. Zum einen: Welche Bedeutung hat das Thema in der kommunalen Wärmeplanung und in der Arbeit der Kommunen? Wo liegt das Potenzial? Wo liegen aber auch die Erfolgsfaktoren? Und was brauchen wir aus kommunaler Sicht, um dieses Potenzial zu heben?

Zunächst mal, um das mal einzubetten, wir begrüßen den Antrag. Wir finden das auch ein wichtiges Thema. Insofern freuen wir uns, dass wir dazu sprechen können. Wir sehen, dass viele Städte sich auf den Weg machen, kommunale



Wärmeplanung zu konzipieren. Einige sind auch schon fertig. Und wenn Sie auf die Pläne schauen, dann sehen Sie auch, dass das Thema Wärme aus Abwasser, Flusswasserwärme, eine große, große Rolle spielt. Deswegen ist es gut, dass wir hier nochmal tiefer eingehen können auf die Fragen, wie gelingt das, wie gelingt die Umsetzung?

Die Aussage, dass wir bis zu 15 Prozent Potenzial haben für Abwasserwärme, für die Deckung des Wärmebedarfs, die teilen wir nicht ganz. Das halten wir eher für ein theoretisches Potenzial. Die Rückmeldung aus unseren Kommunen liegt eher im Bereich von so fünf Prozent des Wärmebedarfs. Und das hängt an ganz konkreten Faktoren. Das hängt an der Frage, wo habe ich passende Rahmenbedingungen, die ich ermitteln könnte über eine Potenzialkarte? Das heißt, wo habe ich entsprechenden Durchfluss durch den Kanal? Wo habe ich den entsprechend großen Abwasserkanal, den ich bestücken kann? Und habe ich auch keine negativen Auswirkungen auf die spätere Klärung des Abwassers durch Temperaturabsenkungen beispielsweise und auch keine Probleme mit der Hydraulik im Kanal? Denn das geht immer vor. Das ist uns ganz wichtig. Die Abwasserentsorgung ist kommunale Hoheitsaufgabe und die geht vor der Wärmegewinnung.

Es gibt Potenzial, vor allen Dingen in der Objektversorgung, in der Quartiersversorgung aus dem Kanal. Gerade da, wo ich Niedertemperaturanlagen habe, da kann ich mit einer Wärmepumpe kombiniert auf jeden Fall eine gute Konstruktion machen. Aber es ist keine Lösung, wo wir sagen würden, aus einem Kanal in die Fernwärme einzuspeisen, da muss man so viel Zusatz mit der Wärmepumpe machen, dass sich das nicht rechnet.

Und was brauchen wir? Wir brauchen ganz konkret auf jeden Fall nochmal eine verstärkte Förderung auch im Rahmen der BEW (Bundesförderung für effiziente Wärmenetze), weil der Anfangsinvest in solche Anlagen relativ hoch ist, sehr stark abhängig von den lokalen Gegebenheiten. Und die Fragen, wie es juristisch auch geklärt werden kann, wem gehört die Wärme, wer darf das abschöpfen, wie geht das Binnenverhältnis zwischen dem Abwasserbeseitigungspflichtigen, dem, der daraus Wärme gewinnen möchte, und dem Verbraucher. Das muss in den Projekten gut geklärt werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und rufe auf Stephan von Bothmer.

SV **Stephan von Bothmer** (UHRIG Energie): Liebe Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, wenn wir so weitermachen, wie bisher, dann werden wir noch einige Tausend Jahre brauchen, um das Potenzial der Abwasserwärmenutzung zu heben. Wir sind viel zu langsam und warum das so ist, das wollen wir, glaube ich, heute besprechen und rausfinden, warum die Abwasserwärme noch so schwergängig ist.

Ich kann Ihnen verraten, an der Technologie liegt es nicht. Wir allein haben schon 120 große Projekte in Europa umgesetzt, alle erfolgreich in Betrieb, viele seit 10 bis 15 Jahren und auch andere haben erfolgreich gebaut. Also an die Technologie kann man einen Haken machen. Das Potenzial ist groß, werden wir heute darüber sprechen, das ist konkret, es ist erschließbar, es ist wirtschaftlich und wir haben es vor allen Dingen da, wo wir es brauchen, in städtischen Gebieten, wo wir wenig Platz und wenig Optionen haben. Auch ein Haken dran.

Wirtschaftlichkeit kann ich Sie beruhigen, besteht auch. Die Wärme aus Abwasser ist unter den Erneuerbaren konkurrenzfähig. Jetzt fragen Sie sich, woran liegt es denn eigentlich? Und ich glaube, Sie werden das heute herausspüren aus dem Gespräch, aber ich verrate es Ihnen jetzt schon. Die Abwasserwärme hat keine Gegner, aber sie hat auch keine wirklichen Befürworter oder Treiber. Und das brauchen wir. Treiber und eine Initialzündung, die fehlt bislang gänzlich.

Es gibt keinen Ruf aus Berlin oder aus der Politik bislang, der sagt, wir wollen Abwasser als Quelle für die Wärmewende. Es gibt keinen Ruf, der sagt, wir erschließen diese Quelle, wir stellen Kapazitäten und vielleicht auch Förderung zur Verfügung. Das fehlt.

Und die Wasserwirtschaft, die glaube ich eine ganze Menge auf dem Teller hat, und wir haben heute zwei Innovatoren sozusagen mit dabei, die haben aber auch keine sehr starke intrinsische Motivation, ein nächstes Thema alleine zu heben. Es braucht also eine Zündung, und diese Zündung fehlt uns bislang.

Wir unterstützen daher diesen Antrag und auch alle Maßnahmen, die hier formuliert sind. Und



ich will einen kurzen Verweis machen auf den Wasserstoff und die Geothermie, das ist für mich naheliegend. Das sind zwei Optionen, bei denen wir schon wissen, dass wir sie aktivieren wollen. Wir haben vereinbart, diese Quellen nutzen zu wollen, obwohl viele technische Fragen noch unbeantwortet sind.

Und bei der Abwasserwärme ist es andersrum. Die technischen Fragen sind beantwortet, aber wir haben keine Verabredung, diese Quelle erschließen zu wollen. Aber wir brauchen diese Quelle. Und von daher möchte ich Sie gerne bitten, diese Maßnahmen anzugehen und eine solche Verabredung zu ermöglichen. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Perfekt, auch in der Zeit, ich rufe auf Prof. Dr. Christoph Donner.

SV Prof. Dr. Christoph Donner (Berliner Wasserbetriebe): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Jetzt vielleicht aus Betreiberperspektive. Erstmal vielen Dank für die Einladung. Berliner Wasserbetriebe, wir sind schon sehr früh in das Thema mit eingestiegen. Wir haben einen digitalen Wärmepotenzialatlas hier entwickelt. Berlin hat ungefähr 250 bis 300 MW Wärmepotenzialleistung. Wir haben frühe Projekte schon vor 15 Jahren angefangen, zum Beispiel mit Ikea, mit anderen. Wir haben im Moment installierte Leistungen von 6,5 MW, projektiert gerade so um 18,5 MW.

Ich muss sagen, für Berlin sind wir intensiv im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung im Austausch. 2026 liegt das vor. Wir tauschen uns eng aus mit den Senatsverwaltungen und mit den anderen Infrastrukturbetreibern. Was jetzt wichtig ist, wie viel Prozent haben wir? Eben kam die Zahl ja auch schon. Ich kann das bestätigen, was gesagt wurde. Die Wärme aus Abwasser sind ungefähr fünf Prozent als Anteil für die kommunale Wärmeplanung innerhalb von Berlin.

Wir müssen die verschiedenen Typen sehen, sie sind ja kurz angesprochen worden. Einmal direkt im Haushalt, dann Kanal, Freispiegelkanal, wenn wir uns Abwasserdruckrohrleitung angucken, was können wir dort machen, und Kläranlagen, und zwar direkt in den Kläranlagen. Wer in Berlin war, hat vielleicht Anfang des Jahres mitgekriegt, das Heizkraftwerk Reuter West ist eine der größten Anlagen, wo wir direkt auch am Ende einer Kläranlage, damals mit Vattenfall-Wärme, heute

mit der Tochtergesellschaft BEW (Berliner Energie und Wärme AG), das sind für knapp 7.500 Haushalte Energierückgewinn.

Was entsprechend angesprochen wurde, Infrastruktur. Ich glaube, wir müssen uns angucken, wo können wir das machen? In welcher entsprechenden Infrastruktur können wir das machen? Und bitte, was wir uns überlegen müssen, wir befinden uns gerade in einer Infrastruktur-Epoche, wo wir alle ausbauen. Die Fernwärme wird ausgebaut, Straßeninfrastruktur, alles.

Jetzt gilt es darum zu gucken, wie können wir das am besten machen? Wir müssen reingehen, und wir haben lange Gespräche, früher auch in der Quartiersentwicklung. Quartiersentwicklung Berlin war natürlich ein bisschen früh auch dran immer, aber Sie sehen dort auch, mal passt es so rein, mal nicht. Das ist nicht wie im Gebäude, dass Sie einen Primärenergiefaktor haben, wo dann ganz schnell auch alle Kriterien sagen, wir gehen dort rein. Im Moment haben wir Anträge, wir laufen pro Jahr auf Anträge von circa 100 Anträgen raus. Wir waren früher bei 10. Das heißt, das Interesse nimmt rapide zu.

Wir müssen gucken, wie können wir diese ... – und für Berlin ganz klar, wir sind Teil der Dekarbonisierungsstrategie von Berlin, und wir versuchen jetzt das ganz klar zu koordinieren mit den anderen Infrastrukturbetreibern, mit dem Bedarf von den Gebäudebeständen, sehr stark auch im öffentlichen Bereich, aber weil am Ende sprechen wir nicht einfach über einen kleinen Privathaushalt, der mal kurz angeschlossen wird.

Wir müssen gucken, wo haben wir den höchsten Effekt? Deswegen auch die Frage Richtung Nahwärme, wie können wir das einspielen? Oder ist Quartierswärme besser? Das heißt, wir müssen das Thema, wer bekommt den Anschluss? Weil ich sage es mal so, weg ist weg. Das ist nicht so, dass Sie nach einem Jahr umswitchen oder so. Das sind jetzt lange Entscheidungen, die Sie treffen, und nach welchen Kriterien vergeben wir das? Das vielleicht als kleinen Ausblick aus Berlin. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke für diesen Ausblick. Ich rufe auf, Frau Diplom-Ingenieurin Franzke.



SV Dipl.-Ing. Ulrike Franzke (Stadtentwässerungsbetriebe Köln): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich für die Möglichkeit, zum Antrag der Fraktion der CDU ungenutzte Potenziale der Wärme aus Abwasser erschließen, im Rahmen dieser Anhörung Stellung zu nehmen. Als Vorständin der Stadtentwässerungsbetriebe Köln unterstütze ich die Abwasser-Wärmenutzung ausdrücklich.

Die Wärmeversorgung von Gebäuden trägt zu einem erheblichen Teil zu den Treibhausgasemissionen bei. Bekanntlich hat die Energiewende im Wärmebereich zum Ziel, vor allem lokale, erneuerbare Wärmequellen zur Beheizung von Gebäuden zu nutzen. Eine beträchtliche Menge an erneuerbarem Wärmepotenzial liegt im Abwasser, da die Temperatur im Abwasser selbst im Winter in der Regel 10 bis 15 Grad beträgt. Moderne Wärmepumpentechnologie ermöglicht es, Wärme aus Abwasser als Warmwasser für Heiz- und Trinkzwecke nutzbar zu machen.

Wir haben schon gehört, es ist keine neue Technik, sie ist erprobt und in einer Reihe von Projekten in Deutschland auch umgesetzt. Die Herausforderung ist nun, die Abwasser-Wärmenutzung stärker im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung einzubinden. Die Entscheidung obliegt am Ende der Kommune vor Ort.

Dafür benötigen die Verantwortlichen vor Ort zunächst eine bessere Informationsbasis. Eine aktive Information von Städten, Gemeinden und auch der Privatwirtschaft ist zu begrüßen. In den nächsten Schritten müssen die lokalen Potenziale genau geprüft werden. Dazu muss eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Nicht jeder Kanalabschnitt und jeder Ablauf einer Kläranlage ist geeignet.

Dabei sind Wärmepotenzialkarten ein wichtiges Hilfsmittel. In Köln bieten wir diese bereits seit 2015 an. Etwa sieben Prozent des Kölner Kanalnetzes sind zur Abwasser-Wärmegewinnung grundsätzlich geeignet und bei vollständiger Umsetzung dieses Potenzials wäre der städtische Bedarf in Köln zu rund zehn Prozent gedeckt.

Die Erstellung der Potenzialkarten ist aber aufwendig. Nicht jeder Abwasserbetrieb kann dies ohne weiteres umsetzen. Deswegen ist für eine flächendeckende Nutzung von Abwasserwärme noch einiges zu tun. Das Wärmeplanungsgesetz setzt

einen Rahmen, lässt aber in der Umsetzung noch vieles offen. Die Abwasserbetriebe brauchen hier vor allem Rechts- und Planungssicherheit.

Jede Form der Nutzbarmachung der Abwasserwärme bringt eine Fülle an individuellen Fragen und Gestaltungsmöglichkeiten mit sich, die Einzelfall bezogen beantwortet werden sollten. Da sich auch mehrfach Abwasserwärmenutzungen bisher aufgrund ungünstiger lokaler Rahmenbedingungen als nicht wirtschaftlich herausgestellt haben, ist eine finanzielle Unterstützung der Abwasserwärmenutzung vor dem Hintergrund des Klimawandels zu begrüßen.

Die Wärmewende vor Ort ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure. Deswegen müssen auch alle Akteure rechtzeitig an einem Tisch zusammenkommen. Dabei bringen wir uns als Abwasserbetriebe aktiv in die Diskussionen ein und begrüßen es, dass VKU und DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.) demnächst eine gemeinsame Informationsbroschüre zu rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen veröffentlichen werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank auch für diesen Hinweis. Ich rufe auf Diplom-Ingenieur Hennig. Ich erteile Ihnen das Wort.

SV Dipl.-Ing. Frank Hennig: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Parlamentarier, sehr geehrte Damen und Herren. Prinzipiell ist es möglich, die latente Abwärme aus Abwassersystemen zu nutzen. Dabei handelt es sich um Rest- oder Abfallwärme geringer Dichte und niedriger Temperatur. Um sie nutzbringend verwenden zu können, muss das Niveau angehoben werden, was praktisch nur durch Wärmepumpenanlagen möglich ist.

Technisch ist fast alles machbar, es geht fast alles. Die entscheidende Frage ist, inwiefern die Wirtschaftlichkeit solcher Investitionen gegeben ist. Wärmepumpenanlagen sind nur wirtschaftlich betreibbar bei entsprechend günstigen Strompreisen. Diese sind bei uns im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähig und von der Prognose her kann man, ohne sich zu weit vorzuwagen, sagen, dass sie weiterhin kräftig steigen werden.



Die Elektrifizierung des Wärmemarkts ist nur sinnvoll, wenn große Mengen emissionsarmen Stroms zu niedrigen Preisen zur Verfügung stehen, wie beispielsweise in Norwegen 90 Prozent Wasserkraft, regelbare Naturenergie, die bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Darüber verfügen wir nicht.

Wir haben im Antrag, in Deutschland muss ein redundantes System in Anspruch genommen werden, das derzeit noch stark fossil geprägt ist und die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung sieht den Ersatz von Kohle durch Gas vor. Allein das ist preistreibend. Wer jetzt glaubt, wir könnten durch den exzessiven Zubau der Windkraft hier ein Stück weit Versorgungssicherheit schaffen, der liegt falsch. Wir hatten am 18. Juni eine Windleistung von 982 Megawatt. Das ist weniger als ein Prozent der installierten Windleistung.

Selbst wenn wir diese Leistung extrem weiter ausbauen, hilft uns das an der Stelle nicht. Wir sind auf Importe angewiesen sowie auf die Ersatzkraftwerke, die die Bundesregierung jetzt anschieben möchte, die aber definitiv zu spät kommen werden.

Zudem wird es künftig eher variable Stromtarife geben, sodass die Börsenschwankungen direkt auf die Strompreise durchschlagen. Wir hatten am 26. Juni aufgrund einer Computerstörung im europäischen Stromhandel einen isolierten Betrieb und Deutschland hat aufgrund der starken Preisschwankungen, die durch die Erneuerbaren eingetragen werden, eine Preisspitze von 2,33 Euro pro Kilowattstunde. Damit sind wir natürlich auch auf dem Wärmesektor nicht abgesichert. Die Prognosen sind schwierig.

Im Antrag finden sich Zielzahlen, die möchte ich jetzt nicht im Einzelnen ausführen. Die Zielzahl, diese 10 Terawattstunden, sind keiner Herleitung entnommen. Es gibt keine Plausibilitätsprüfung dazu und wir kennen derartige Zielzahlen zur Genüge. Wir werden keine 15 Millionen E-Mobile auf den Straßen haben, keine 500.000 Wärmepumpen pro Tag, keine fünf Windkraftanlagen pro Tag, keine 400.000 Wohnungen pro Jahr. Es sollte Realismus in die Zielstellung der Politik einfließen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Benjamin Köhler vom Öko-Institut.

SV **Benjamin Köhler** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Die Potenziale der Abwasserwärmenutzung wurden schon benannt. Es wurde auch zum einen im Antrag selbst der Unionsfraktion, aber auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern klar benannt. Die Technik ist vorhanden, die Potenziale existieren, aber wir sehen in Deutschland noch keine flächendeckende Umsetzung, Nutzung dieser Potenziale.

Wir haben in unseren Ausarbeitungen für das Umweltbundesamt aus dem Jahr 2023 drei relevante Hemmnisse identifiziert. Zum einen die Zugänglichkeit von Informationen, Wissenslücken und Bedenken bei den relevanten Akteuren und die nicht standardisierten Genehmigungsprozesse beziehungsweise Regularien in den Bundesländern.

Wir gehen davon aus, dass die Zugänglichkeit von Informationen, insbesondere durch die Wärmeplanung, die nun flächendeckend erfolgt, mittelfristig verbessert wird. Auf jeden Fall auf kommunaler Ebene. Wünschenswert wäre es an dieser Stelle, dass die Informationen, die auch gesammelt werden, den interessierten Dritten zur Verfügung stehen. Das ist aktuell nicht so geregelt.

Und es wäre auch wünschenswert, dass die erhobenen Potenziale gebündelt werden und auch an zentraler Stelle auf Landesebene oder sogar auf Bundesebene frei verfügbar gemacht werden können. Welche Möglichkeiten es da gibt, aber auch welche Barrieren hier existieren, da möchte ich auf das Kompetenzzentrum kommunale Wärmeverwendung verweisen, das sich im Vorfeld der Wärmeplanung beziehungsweise des Wärmeplanungsgesetzes intensiv damit befasst hat, welche Potenziale, welche Informationen zentral von Bundesebene hier bereitgestellt werden können. Da verweise ich gerne an die Kolleginnen und Kollegen in Halle, um dieses Knowhow auch zu nutzen. Das macht sicherlich Sinn.

Auf die Befürchtungen und auch Bedenken möchte ich an dieser Stelle jetzt nicht weiter eingehen. Die relevanten Aspekte wurden genannt. Es wurde aber auch schon gezeigt, dass Temperaturabsenkungen am Einlauf der Kläranlagen klar ein Problem sein können. Aber das ist alles technisch machbar. Und auch mit der entsprechenden Messtechnik kann man einer zu starken



Temperaturabsenkung vorbeugen und den sicheren Betrieb der Abwasserinfrastruktur auch gewährleisten.

Ich möchte noch auf die Rolle des Bundes und die klaren Signale eingehen. Es ist sicherlich hilfreich, Zielsetzungen zu formulieren, und das auch als klares politisches Ziel zu definieren, die Abwasserwärmenutzung zu steigern. Allerdings eine Einschränkung: Die Regelungskompetenz im Bereich des Abwassers liegt bei den Ländern. Das heißt, die Möglichkeiten hier seitens des Bundes auch regulatorisch aktiver zu werden und aktiver zu gestalten sind eher eingeschränkt.

Dementsprechend wäre es wünschenswert, eine Art runden Tisch oder im Rahmen von Arbeitskreisen zwischen Bund und Ländern hier eine Harmonisierung herbeizuführen und auch die Rahmenbedingungen für die Abwasserwärmenutzung, die nun mal in Landesgesetzen in der Regel geregelt ist, zu verbessern und zu vereinheitlichen. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich rufe auf Volkmar Langefeld von den Stadtwerken Frankenthal. Herr Langefeld? Alles gut, das Mikro ist an. Danke schön.

SV Volkmar Langefeld (Stadtwerke Frankenthal): Ich fange noch mal an. Sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich, hier sprechen zu können als einer, der ein solches Projekt tatsächlich umsetzen muss. Und ich möchte Ihnen auch ein bisschen berichten über die tatsächlichen Themen, die man bei der Bewältigung eines solchen Projektes, was sehr positiv ist und ich werde auch positiv enden, einem ansteht.

Wir sind eine Mittelstadt. Wir versorgen 80.000 Bürger. Das, was bei uns gerade passiert, ist durchaus übertragbar auf andere Versorgungsverhältnisse und findet von daher hoffentlich Ihr Interesse. Aber vergessen Sie nicht, wir sind ein Unternehmen. Uns gibt es 160 Jahre lang. Die letzten 20 Jahre lang waren von Regulierung geprägt.

Wenn man ein solches Projekt angeht, eine neue Versorgung aufbaut, Fernwärme dazu nimmt, dann ist das ein kultureller Wandel von erheblichem Umfang, der eine riesige Aufgabe darstellt und nicht nur die technische Umsetzung anschließend. Wir haben gleichzeitig Gesellschafter, die

dieses Thema noch gar nicht kennen an der Stelle und sie reden von Abermillionen Investitionen. Da kommt sehr viel Sorge auf, wenn sie sowas bewältigen müssen.

Wir haben Gott sei Dank sehr, sehr gute Mitarbeiter, Stadtwerkemitarbeiter und besonders unsere, die brennen für ihre Stadt und die können das am Ende des Tages leisten. Da habe ich eine gute Hoffnung. Wir haben Bürger, die sind hoffnungslos verunsichert mit ihrer Heizung, was sie damit machen sollen. Seien Sie mir nicht böse: Da hat das BMWK in den letzten zwei Jahren viel dazu getan, dass das so ist.

Und wir haben die Industrie. Die Industrie ist komplett verunsichert. Hier geht es ums Ganze. Wir müssen als Stadtwerk schnell dafür sorgen, dass sie einen Pfad sehen, wo sie ihre Energie erneuerbar bekommen in der Zukunft, damit sie auch bleiben, vor Ort, und ihren Standort nicht verlagern.

Jetzt haben wir ein Projekt, das ist eine Ausgangsposition, die ist nicht immer lustig, aber sie ist hoffnungsvoll. Wir haben ein Projekt gemeinsam mit der BASF, der TWL (Technische Werke Ludwigshafen AG) und uns, also eine Kooperation, das ist zweifellos ein Schlüssel für die Zukunft der Entwicklung. Wir nutzen das Abwasser der BASF. Wir reden von einem Potenzial von über 300 MWh. Das ist groß genug, um Frankenthal, Ludwigshafen und noch Teile der BASF mitzuvorsorgen. Dieses Abwasser steht uns für die nächsten 30 bis 50 Jahre zur Verfügung. Das ist ein Generationenprojekt, was wir dort haben. Und das treiben wir gerade voran. Das hat aber vor allem auch die Überzeugungsnotwendigkeit, die wir da haben.

Wir reden davon, dass wir 30 Prozent neue Mitarbeiter einstellen müssen, um diesen neuen Versorgungszweig dann auch zu erreichen. Aber, dass wir mal eine Zahl haben, wir wandern hoch von fünf Prozent Fernwärme heute auf dann über 60 Prozent Fernwärme im Jahre 2045.

Und das ist eine Chance. Ich bin davon überzeugt, dass es diese Art Chancen viel gibt in Deutschland. Es setzt aber voraus, dass man die Dinge aktiv angeht, positiv ist. Und wenn man dann noch zwischendurch 500 Millionen Euro investieren muss, ist das ja eine Kleinigkeit. Nein, aber Spaß beiseite. Es gibt Möglichkeiten, es gibt Hoffnung,



es gibt ein Riesenpotenzial. Bei uns ist es sehr viel größer, als wir es gerade sonst gehört haben. Und ich möchte bei der Gelegenheit Mut machen dafür, wir kriegen das schon hin. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Langefeld. Jetzt Dr. Lobo vom VKU.

SV **Dr. Kai Lobo** (VKU): Dankeschön, sehr geehrte Damen und Herren. Ich freue mich, heute hier sein zu dürfen, denn Abwasserwärme ist ein zutiefst kommunales Thema. Wir sehen das nicht nur dadurch, dass ich hier sitzen darf, sondern dass auch drei hochgeschätzte Mitgliedsunternehmen im VKU hier sitzen dürfen.

Einerseits ist die Abwassersituation kommunal organisiert im Regelfall. Andererseits ist zwingend auch zur Nutzung von Abwasserwärme ein Wärmenetz vorzusehen. Das kann ein Bestandswärmenetz sein, das kann auch immer ein Neubauwärmenetz sein, ich sage mal ein Pop-up-Wärmenetz, das sich zum Beispiel um eine Abwärmequelle herum neu entstehen lässt und wo man einfach auch neue Quartiere versorgen kann.

Es gibt nämlich zwei Nutzungspfade für die Abwärme aus Abwasser. Einerseits ist das sehr stark bezogen auf Kläranlagen und hier ist einerseits der Vorlauf in die Kläranlagen zu betrachten. Da gibt es aber eine ganze Menge an Restriktionen, die man noch mitdenken muss. Sehr attraktiv und im Moment sehr stark in der Fläche in der Umsetzung ist eigentlich den Ablauf aus Kläranlagen zu nutzen, weil da nicht so viele Restriktionen drauf liegen. In Berlin gibt es ein großes Projekt, es gibt viele andere kommunale Projekte, die mittels Großwärmepumpen diesen Ablauf sich zunutze machen und meistens in Bestandsnetze bringen.

Wir haben andererseits den Nutzungspfad aus Abwasserkanälen heraus, wo aber eher, Tim Bagner hat das schon ausgeführt, es nicht infrage kommt, in Bestandswärmenetze zu gehen. Warum ist das so? Weil das Temperaturniveau, das überbrückt werden muss, größer ist, als es beispielsweise jetzt, wenn man Neubauquartiere versorgen möchte, die mit niedrigeren Vorlauftemperaturen bei der Heizungstechnik arbeiten können, auch versorgt.

Dadurch haben wir die Situation, dass sowohl im Bereich der Kläranlagen als auch im Bereich der

Abwassernutzung aus Kanälen immer Wärmepumpen unterschiedlicher Art und Größe nachgeschaltet werden, die im weiteren Sinne strommarktgeführt gefahren werden. Es geht also darum, dass in den allermeisten Fällen Abwasserwärmenutzung keine 100-Prozent-Technologie ist. Wir können nicht die gesamte Wärmelast im Wärmenetz durch die Abwasserwärme alleine bereitstellen. Im Regelfall handelt es sich um eine Kombinationstechnologie mit anderen Nutzungs- oder Wärmequellen.

Wir haben deswegen eine hohe Korrelation zu Förderprogrammen. Da ist einerseits die BEW zu nennen, aber andererseits vor allem auch das KWKG (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) zu nennen, die IKWK (innovative Kraft-Wärme-Kopplung), wo solche integrierten Wärmesysteme geplant und eben auch gefördert werden können.

Wir haben schließlich auch eine Unterscheidung zwischen ländlichem Raum und Ballungsräumen und man muss klar ausdrücken, dass es auch im ländlichen Raum große Nutzungschancen für Wärmenetze gibt, gerade Nahwärmelösungen, dass aber Abwasserwärmenutzung im Regelfall eine Ballungsraumtechnologie ist. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen für ihre Eingangsstatements und wir beginnen unsere erste Runde, die jeweils vier Minuten für die fragenden Abgeordneten bereithält, also Frage und Antwort. Je kürzer, umso besser. Dann haben Sie mehr Zeit zu antworten. Wir beginnen mit Helmut Kleebank von der SPD-Fraktion.

Abg. **Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank unseren Sachverständigen für ihre Expertise und die Auskünfte.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Dr. Donner und hat mehrere Teile. Der erste Teil bezieht sich auf die kommunale Wärmeplanung. Hier wäre ich noch mal interessiert, ein paar Details, in dem Fall am Beispiel Berlins, zu hören. Kommunale Wärmeplanung beschreibt ja sozusagen das gesamte Feld und mich würde interessieren, inwiefern die Abwasserwärme da bereits jetzt eine Rolle spielt in den Gesprächen, die Sie führen. Denn es ist ja in Bezug auf Fernwärme- oder Nahwärmenetze auch wieder nur ein Teil. Und



welche Rolle spielt es da konkret? Spielt es da überhaupt eine Rolle derzeit?

Und die zweite Frage bezieht sich auf den Abwärmepotentialatlas. Inwiefern dieses Instrument aus Ihrer Sicht für andere Kommunen, für vielleicht alle Kommunen, ein geeignetes Instrument ist und inwiefern damit jetzt schon sozusagen außerhalb Ihres Unternehmens gearbeitet wird? Also haben Sie einen Überblick, inwiefern darauf zugegriffen wird, beispielsweise?

Die **Vorsitzende**: Herr Donner, Sie können gerne antworten.

SV Prof. Dr. Christoph Donner (Berliner Wasserbetriebe): Vielen Dank, Herr Kleebank. Fangen Sie mal kurz – darf ich mit der Frage anfangen? Das ist an sich Abwasserwärmepotentialatlas, Frau Franzke hat ja beschrieben, in Köln auch schon, Emschergenossenschaft Lippeverband hat das auch schon gemacht. Ich würde es so zusammenfassen, es gehört zu einer Pflichtaufgabe, die jeder Abwasserentsorgungsbetrieb oder -unternehmen machen sollte. Wir sprechen über eine Ressource, die muss an sich sichtbar sein, wo man einfach sagt, okay, dafür braucht es einen Abwasserwärmepotentialatlas und der sollte auch möglichst digital vorliegen.

Warum auch entsprechend? Weil wir natürlich auch sagen müssen: Wie gehen wir insgesamt damit um? Sie hatten gefragt: Was ist die Rolle im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung? Wir müssen Transparenz schaffen, welches Potenzial ist an welchem Standort vorhanden. Weil sonst können wir nicht sagen, wer kann sich darauf bewerben. Wir müssen aber auch klar machen – und viele denken immer, das ist eine erneuerbare Energie und ich kann überall, an jeder Stelle immer andocken. Auch das wird etwas sein, wo wir sagen müssen – und deswegen kommen wir vielleicht auch mal da hin, die Kriterien zu besprechen.

Wir diskutieren im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung natürlich, wir haben eben Fernwärme gehört, wir haben auch gerade LowEx, sprich die Niedrigwärmernetze sind auch wichtig zu sehen. Wo sind die, an welcher Stelle? Wir müssten an sich – und das ist gerade eine der wichtigsten Fragestellungen, die wir in Berlin diskutieren: Nach welchen Kriterien ...? Und wir

geben nur – bei uns können sie sich nur anschließen, wir sind nicht in der Wertschöpfungskette danach weiter entsprechend. Wir sind wie so eine Art Dockingstation, sie können sich an den Kanal oder so anschließen, sie wissen, was ist, wir stellen das zur Verfügung, wir machen den Umbau dann mit, da unterstützen wir, aber dann sind wir an sich raus.

Die Frage ist jetzt an sich, wenn wir die Hochlaufkurve haben möchten – und das ist gerade ganz spannend zu diskutieren. Wie machen wir das? Vergeben wir bei Tiefengeothermie, machen wir Claims? Wir haben lange Erfahrung schon gesammelt, wir haben zum Beispiel Quartiersentwicklungen, Sie kommen hin, dass zum Beispiel Berlin sehr stark Quartiersentwicklungen hatte. Dann merken Sie, dass Entwickler ganz stark auf sie zu kommen und sagen: Okay, wir möchten das gerne haben, weil wir möchten damit auch natürlich den Nachhaltigkeitsfaktor darstellen. Wir sehen Richtung CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) und EU-Taxonomie, dass dort mehr Aspekte kommen, wo Unternehmen jetzt draufgehen.

Von daher würde ich sagen, diese Kriterien müssen wir weiter klären. Nach welchen Kriterien vergeben wir das? Weil an sich darf sich jeder bei uns bewerben, was wir gerade sehen, ist, nach welcher Zeit ist denn jemand wieder raus? Weil, ich habe auch Projekte, die laufen vier, fünf Jahre, nicht alle Quartiersentwicklungen laufen in kürzester Zeit. Sie müssen – das ist vielleicht eben schon angesprochen worden. Sie haben den Wärmepotentialatlas, dann gehen Sie trotzdem noch mal rein und müssen an sich Regenwetterabfluss, wir haben auch Regelwerk DWA-M 514, das möchte ich gar nicht ausführen, haben wir da, da müssen Sie erst mal messen. Das heißt, Sie brauchen eine ganze Zeit lang, aber sagen wir nach einem Jahr, wenn Sie nach einem Jahr nicht den Vertrag unterschrieben haben, das zu machen, stellen Sie das Potenzial dann jemand anderem wieder zur Verfügung?

Das sind Themen, die wir gerade machen, von daher würde ich sagen, Wärmepotentialatlas, total wichtig, zu sehen, wo ist das Potential. Dann reinsehen, an welcher Stelle sind überhaupt Interessenten da. Und im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung gehen wir jetzt rein und sagen, okay, wer ist denn jetzt am besten? Ich sage mal, wir



haben das Thema – drei Minuten oder vier? Entschuldigung, danke, ich hoffe, das wird gezeigt.

Die **Vorsitzende**: Alles gut, Herr Donner, wir haben ja noch eine nachfolgende Runde und da können wir das noch mal vertiefen. Danke schön. Ich rufe jetzt auf Maria-Lena Weiss, meine Kollegin aus der CDU/CSU-Fraktion, die die nächste Frage stellen wird.

Abg. **Dr. Maria-Lena Weiss** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und vielen Dank an die Sachverständigen für die Eingangsstatements, die im Prinzip ja gezeigt haben, dass wir über das Ob der Nutzung der Abwasserwärme eigentlich nicht diskutieren müssen, sondern über das Wo und das Wie. Und deshalb meine Frage an den Herrn von Bothmer: Wie sollten wir jetzt konkret weitermachen? Wo sehen Sie die Schritte, die die Politik konkret ergreifen sollte? Wie beurteilen Sie diese Schritte, vor allem auf der Zeitschiene, vom zeitlichen Horizont her? Und welche Rahmenbedingungen machen es Ihnen momentan schwierig für die Abwasserwärme?

Die **Vorsitzende**: Herr von Bothmer, bitte.

SV **Stephan von Bothmer** (UHRIG Energie): Vielen Dank, also wie eben gesagt, Gegner gibt es nicht wirklich, aber es wird kein Selbstläufer. Das ist wichtig. Und ein ganz großes Thema sind Kapazitäten und vielleicht auch ein Kulturwandel. Wir haben vorher gehört, dass die Wasserwirtschaft eine originäre Aufgabe hat, eine hoheitliche Aufgabe und da ist die Energiegewinnung ein Zusatzthema und dafür brauchen wir auch Ressourcen.

Das heißt, es gibt einige Städte, die haben sehr gute Potentialkarten erstellt. Das begrüßen wir. Aber in der Bearbeitung gibt es dann, bei Interesse an dem Thema, dennoch einen Stau. Das heißt, wir sind Technologieanbieter, wir entwickeln Projekte und wenn wir dann bei Kanalnetzbetreibern Daten anfragen, kann es sein, dass wir ein bis zwei Jahre Wartezeit haben, bis wir nur Daten bekommen zu einem möglichen Kanal. Das ist zu langsam und das verhindert tatsächlich Projekte. Also wir brauchen Kapazitäten und eine Ausstattung tatsächlich.

Wir müssen auch betrachten, dass wir nicht nur von der Fernwärme sprechen sollten. Die

Wärmewende ist nicht alleine Fernwärme und Luftwärmepumpen, sondern wir haben dazwischen viele große Gebäude, die wir nicht mit Netzen und nicht mit Luftwärmepumpen werden versorgen können. Wir haben in Berlin am Alexanderplatz, am Ostbahnhof größere Projekte realisiert, in Ihrem Netz (*an Prof. Dr. Donner gerichtet*), wo große Quartiere versorgt sind. Das wird auch Teil der Lösung sein. Das ist eine sehr technische Aufgabe und wir glauben, um auch die Frage nochmal konkret zu beantworten, wir brauchen eine Art runden Tisch, wo die Akteure zusammenkommen.

Die Wasserwirtschaft, die hat eine tolle Quelle. Die Energiewirtschaft kann sie erschließen. Es gibt viel gefährliches Halbwissen und technische Vorurteile und die müssen wir abräumen. Wenn wir uns mit dem Thema beschäftigen, werden wir uns von alleine in das Thema vergucken. Das kann ich Ihnen versprechen. Wir sind im Ausland tätig. Wir müssen diese Akteure zusammenbringen und wenn die miteinander sprechen, dann kann man das auch voranbringen. Denn natürlich gibt es einige Fragen, die beantwortet werden müssen, aber eine Technologie, die nicht nur auf dem Papier existiert, sondern 15 Jahre im Markt funktioniert, die hat alle Grundlagen.

Also die technischen Dinge sind geklärt und dann braucht es auch noch ein bisschen Willen, die Dinge zu tun, denn natürlich ist es weniger anstrengend, das Energiethema beiseitezuschieben. Das wird eine Zusatzstunde Arbeit bedeuten am Tag, aber wir haben großen Mehrwert. Wir haben kaum Quellen und momentan haben wir die Situation, dass wir die Projekte so denken, wir werden Wärmetlantzen zur Verfügung stellen und die Gebäude kommen und schauen dann, ob für sie was dabei ist. Die Geschwindigkeit ist ja so nicht sehr hoch.

Wir glauben vielmehr, wir müssen diese Quellen aktivieren. Wir können auch die Kanalisation mit Technologie ausstatten und die Wärme hinterher verkaufen, um das Spiel sozusagen umzudrehen. Und wir brauchen ja auch eine bauliche Umsetzung. Wir haben jetzt eine kommunale Wärmeplanung, die sind zwei oder vier Jahren fertig, aber wann wollen wir denn diese ganzen Projekte bis 2045 überhaupt noch baulich realisiert bekommen? Das wird aus meiner Sicht sehr stark unterschätzt.



Deswegen haben wir hier auch eine Quelle, die sofort da ist. Das Potenzial, die Zahlen variieren ein bisschen, ist aber ein konkretes. Bei der Geothermie müssen wir noch ein bisschen gucken, wie hoch ist das wirklich? Also wir sollten schnell anfangen und einen Dialog, den braucht es. Die Akteurslandschaft ist sehr zersplittert und deswegen brauchen wir so einen Impuls wie den, den wir in dem Antrag gesehen haben, um erstmal mit einem Dialog eine Verabredung zu erzeugen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank und ich rufe auf den Kollegen Bernhard Herrmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Als Wasserbauingenieur, jahrelang für Kommunen und in der Wasserwirtschaft freiberuflich tätig, jetzt im Energiebereich zuständig, ist mir, das werden Sie verstehen, ein erstrangiges Anliegen. Spartenübergreifendes Denken werden wir brauchen bei den Herausforderungen, wenn wir effizient die Wärmewende und die Energiewende insgesamt hinbekommen wollen.

Berlin handelt vorbildhaft, ich war selber in dem Kanal drin, mit 200 Meter Kanallänge versorgen wir ein riesengroßes, neu gebautes Gebäude. Wir müssen aber auch in die Bestände ran und wir sind dabei natürlich begrenzt, weil wir müssen Energie effizient einsetzen. Ich sage dann noch was zu meiner eigenen Stadt, wo sich das ableitet, wie effizient wir sein müssen und Herr Köhler, ich hätte zwei Fragen an Sie zunächst.

In Ihrer Stellungnahme machen Sie ja klar, wie wichtig es ist, die Effizienz der Gebäude zunächst auch zu sehen, weil sonst große Hürden auch in energetisch unsanierten Gebäuden auch für die Nutzung von Abwasserwärme bestehen. Wenn Sie das bitte noch mal untersetzen können.

Und ein Punkt, ein weiterer Punkt, die CDU/GSU kritisiert im Antrag, das Gebäudeenergiegesetz und auch das Wärmeplanungsgesetz wären nicht technologieoffen genug. Sie plädieren vielmehr für Technologieklarheit. Vielleicht können Sie diese Unterscheidung dann noch mal deutlich machen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Herr Köhler, Sie können gerne sprechen.

SV **Benjamin Köhler** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank für die beiden Fragen. Einmal zur Effizienz der Gebäude, sie ist wichtig. Wir haben es vorhin schon in den Eingangsstatements gehört. Wir haben Probleme bei der Abwasserwärme, diese auch wirklich in Bestandsfernwärmenetze, aber auch in Bestandsgebäude hinein zu bekommen, einfach weil das Temperaturniveau dort sehr, sehr hoch ist und der Temperaturhub, den die Wärmepumpen, die wir nun mal brauchen, um die Abwasserwärme nutzbar zu machen, der Temperaturhub für die Wärmepumpen in vielen Fällen deutlich zu hoch sein wird, um wirklich in Bestandsnetze einspeisen zu können – in Berlin sind die Vorlauftemperaturen in Spitzenzeiten irgendwo bei 120, 130 Grad Celsius. Daher ist es zwingend erforderlich, auch die Effizienz der Gebäude zu erhöhen, zumindest mal auf Vorlauftemperaturen im Heizungssystem zu kommen, die für Wärmepumpen leichter und effizient erreichbar sind.

Viele Projekte im Bereich der Abwasserwärmenutzung, die wir jetzt auch heute gehört haben, finden eher im Neubaubereich statt. Dort habe ich niedrige Vorlauftemperaturen, aber wenn ich eben auch den großen Batzen der Gebäude in Deutschland adressieren möchte, das sind die Bestandsgebäude, müssen wir eben auch über die energetische Sanierung sprechen, um die Abwasserwärmepotenziale dann auch flächendeckend nutzen zu können.

Der andere Punkt, GEG (Gebäudeenergiegesetz), WPG (Wärmeplanungsgesetz), technologieoffen. Es war von verschiedensten Stellen im Gesetzgebungsprozess der Wunsch, dass es technologieoffen ist. In meinen Augen ist es auch weitestgehend so umgesetzt, mit ein paar Anforderungen, natürlich hinsichtlich Nachhaltigkeit, hinsichtlich Effizienz bei einzelnen Technologien. Was wir aber in beiden Gesetzen eben nicht haben, sind spezifische Vorgaben zu Ausbauzielen für einzelne Technologien, einzelne Wärmequellen.

Die Forderung, jetzt für die Abwasserwärmenutzung hier ein spezifisches Ziel, zum Beispiel im GEG oder WPG zu verankern, würde letztendlich dem technologieoffenen Ansatz widersprechen, in meinen Augen. Wenn das gefordert wird, dann sollten entsprechende Zielsetzungen für alle



Optionen, die in den jeweiligen Gesetzen genannt sind, auch erfolgen.

Für die Abwasserwärmenutzung wäre es hilfreich, klar zu benennen und sich dazu zu bekennen, dass Wärmenetze als Versorgungsoption gerade in Ballungsräumen eine zentrale Rolle spielen, wo auch Abwasserwärmenutzung wichtig sein kann. Und eben der andere Part, dass Wärmepumpen letztendlich eine der zentralen Techniken sein werden, um den Wärmebereich zu dekarbonisieren. Also ein klares Bekenntnis zu diesen beiden. Letztendlich Technologieklarheit an der Stelle, wie ich es genannt hatte, würde sicherlich, parteiübergreifend idealerweise, einfach für Planungssicherheit sorgen. Es würde dafür sorgen, dass wir auch den regulatorischen Rahmen zur Entwicklung dieser beiden Bereiche entsprechend gestalten können über die nächsten Jahre.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank und ich rufe Marc Bernhard von der AfD-Fraktion auf.

Abg. **Marc Bernhard** (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Ja, ich denke, es ist natürlich sehr wichtig, sämtliche thermische Potenziale zu nutzen, die es gibt. Aber man muss sich natürlich immer die Frage stellen – neben der technischen Machbarkeit, die mit Sicherheit gegeben ist – ist natürlich die Frage des Potenzials und die Frage der Kosten. Das ist ja das, was im Mittelpunkt steht. Nicht alles, was man machen kann, ist am Ende sinnvoll.

Jetzt hatten wir hier verschiedene Aussagen gehört. Zum einen, wo gesagt wird, das Potenzial sei sehr groß ohne Zahl. Dann wurde von verschiedenen Sachverständigen gesagt, fünf Prozent. Dann wurde gesagt, es sei alles wirtschaftlich und gut zu machen.

Auf der anderen Seite wird von verschiedenen Experten darauf hingewiesen, dass Subventionen – Fördergelder sind nichts anderes als Subventionen – erforderlich sind, um das Ganze umzusetzen. Deswegen denke ich, sollten wir uns diese Sachen noch mal genauer anschauen. Grundsätzlich ist es natürlich sinnvoll, das zu nutzen, aber diese zwei Faktoren müssen natürlich geklärt werden.

Deswegen meine ersten zwei Fragen an den Herrn Hennig. Wie schätzen Sie das Potenzial ein, das wir in diesem Bereich haben? Und die zweite

Frage, wie sehen Sie das hinsichtlich der Kosten, insbesondere, weil ja Wärmepumpen in großem Umfang eingesetzt werden?

Und dann hätte ich noch eine zweite Frage, an den Professor Donner. Sie haben ja bereits Projekte umgesetzt. Wie sind denn da die Kosten für die Verbraucher am Ende? Was bezahlen die denn pro Kilowattstunde? Danke.

Die **Vorsitzende**: Herr Hennig, ich erteile Ihnen zuerst das Wort.

SV **Dipl.-Ing. Frank Hennig**: Die Potenziale sind erheblich. Ich möchte da keine Zahlen nennen. Da gibt es andere, die das besser einschätzen können. Die Kosten, diese Niedertemperaturwärme auf ein verwendbares Niveau zu bringen, sind erheblich. Man muss dann unterscheiden, die Investitionskosten, die Betriebskosten sowie die Betriebskosten der Wärmepumpen.

Die Investitionskosten – ich nenne mal ein analoges Beispiel: Der Cottbuser Ostsee, ein Tagebaufolgensee, wird derzeit gefüllt. Es wird der größte künstliche See Deutschlands. Die Stadtwerke wollen nur 30 MW thermisch entziehen mit Hilfe einer Großwärmepumpe. Investitionssumme etwa 40 Millionen Euro und derzeit bewegt sich nichts, weil man auf die Fördermittel wartet.

Die Betriebskosten im Bereich des Abwassers werden natürlich auch dargestellt über die Verschmutzung, Inkrustation, Belagbildung und Ähnliches. Hier sind sicherlich ständige Wartungs- und Reinigungsarbeiten erforderlich, um den Wärmeübergang verträglich zu halten und an Betriebskosten natürlich, wie angesagt, das brauche ich hier nicht weiter ausführen, das Risiko des Strompreises und seines Anstiegs. Das alles fließt ein in die Betriebskosten und man muss Technologien nicht treiben, wenn sie wirtschaftlich sind, dann setzen sie sich von allein durch. Sobald man eine Technologie bevorzugt, werden sich die Investoren auf diese festlegen und andere, wie beispielsweise Solar, Wärme oder Geothermie, die vielleicht insgesamt und als Kombination sinnvoller wären, würden dann übergangen werden. Das von mir.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Donner.



SV Prof. Dr. Christoph Donner (Berliner Wasserbetriebe): Vielen Dank. Vielleicht zu den Endkosten: Die wissen wir nicht, weil wir sind sozusagen nur zur Verfügung Steller und am Ende obliegt es demjenigen, der die Wärme nutzt, dann entsprechend zu sagen, okay, wann ist der Grad der Wirtschaftlichkeit für mich erreicht. Was wir gerade sehen, ist, jeder rechnet natürlich, wo liegen Gaspreise – müssen wir jetzt gar nicht mehr darüber sprechen – wo liegen wir dort entsprechend?

Unsere Aufgabe ist es jetzt als kommunaler Infrastrukturvertreter, dass wir sagen, wir machen die Möglichkeit, wir bringen die Implementierung ein, dass das klappt. Wir gucken uns an, wie viel Betriebskosten haben wir denn wirklich. Früher haben wir gesagt, oh, da passiert wirklich eine Menge mit Inkrustierung. Ich muss sagen, da gab es lange Vorbehalte. Das haben wir, glaube ich, relativ normiert. Wir haben Betriebserfahrung vorliegen, wie oft müssen wir spülen, damit die Plattentauscher dort funktionieren. Im Abwasserdruckrohrkanal ist es noch viel einfacher.

Und der Rest ist einfach etwas, wo wir sagen müssen, was darf denn jetzt – und das ist eine spannende Frage – was dürfen wir denn als kommunales Unternehmen, was einen Wärmeschatz hat, der an sich – Rechtsprechung ist, wenn es im Kanal drin ist, gehört es uns sozusagen. Wie finanzieren wir das Ganze und wie viel Kosten können wir denn überhaupt tragen? Unser Ansatz ist, wir schlagen nicht zu viel drauf, wir machen dort keine große Marge, sondern am Ende geht es darum, die Wärme- und Energiewende zu gestalten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Als nächstes spricht Herr Stockmeier für die FDP-Fraktion.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Sachverständige, schön, dass Sie heute da sind. Bevor ich meine Frage an Herrn Langefeld richte, erlaube ich mir nochmal den Schlenker, ja, sowohl im Gebäude-Energie-Gesetz als auch im Wärmeplanungsgesetz ist ein Höchstmaß an Technologieoffenheit rein und wir Freie Demokraten sind sehr stolz, dass wir das erreicht haben, weil sich jetzt auch schon in der praktischen Umsetzung zeigt, dass wir damit den Akteuren vor Ort die Flexibilität und die Gestaltungsmöglichkeiten einräumen, die die jetzt Schritt für Schritt sehr sinnvoll nutzen.

Herr Langefeld, mich würde interessieren, wie denn gesetzliche Rahmenbedingungen für Wärmegewinnung aus Abwasser so ausgestaltet werden müssten, damit für die Realisierung solcher Projekte, beispielsweise auch wie das wirklich tolle Projekt in Frankenthal und Umgebung, damit für solche Projekte möglichst viel privates Kapital mobilisiert werden könnte.

Ich habe so den Eindruck, wenn man da an manchen Stellschrauben dreht, dann müsste der Steuerzahler auch mit weniger Mitteln, mit weniger Subventionen da rein. Da bin ich auf Ihre Antwort gespannt.

Die **Vorsitzende**: Herr Langefeld, bitte.

SV Volkmar Langefeld (Stadtwerke Frankenthal): Es gibt Hoffnung. Es ist aber tatsächlich das schwierigere Kapitel. Grundsätzlich, wenn Sie eine Fernwärmeversorgung aufbauen, haben wir das Thema, dass wir überwiegend Kapitalkosten haben, sprich eine sehr, sehr hohe Anschubfinanzierung. Wenn das Netz und der Wärmepreis das hergibt, kriegt man allerdings eine Wirtschaftlichkeit hin.

Wir haben ein solches Projekt und deswegen sind die Anfragen vom Kapitalmarkt tatsächlich, – ohne dass wir da groß drauf warten müssen, – liegen einfach vor. Ich hatte jetzt schon ein Gespräch mit allen Spitzeninstituten, der Sparkassenwirtschaft, der Volksbankwirtschaft, aber auch Private Equity kam jetzt auf den Markt. Alldieweil, ein Projekt, was ein erstes Ticket von über 100 Millionen Euro hat, ist einfach für das Großkapital interessant.

Das heißt grundsätzlich, Herr Stockmeier, ja, es kann privates Kapital kommen. Wir haben das Problem der Langfristigkeit im Augenblick. Wir brauchen 15 bis 20 Jahre mindestens Finanzierung, um so weit zurückgezahlt zu haben, dass man einem privaten Investor auch wieder auszahlen könnte, wenn er einmal drin ist. Die meisten privaten Investoren haben üblicherweise Laufzeiten zwischen sieben und maximal zehn Jahren. Das reicht üblicherweise nicht, um zum Stand eines solchen Projektes dann einen privaten Investor wieder auszahlen zu können.

Aber ich glaube, das sind Rahmenbedingungen, die sich noch verändern werden. Wir stehen hier,



was das Thema Finanzierung betrifft, am Anfang. Ich stelle ebenfalls fest, dass auch die Kreditinstitute mit den Energiewendeinvestitionen in vielen Teilen noch lange nicht so viel Know-how übergreifend aufgebaut haben, um das zu handeln. Wir sprechen tatsächlich nur noch mit den Spitzeninstituten, weil die örtlichen Banken das nicht mehr können.

Was uns helfen würde, ist, das BEW hat im Augenblick ein Bankability-Problem. Es ist nämlich an den Haushaltsvorbehalt gebunden und damit ist es schwierig, damit eine 20- bis 30-Jahres-Finanzierung hinzubekommen. Aber wir stehen am Anfang und ich sehe positiv in der Zukunft, dass man das noch gestalten kann.

Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Stockmeier. Dann jetzt für die Gruppe Die Linke, Herr Lenkert.

Abg. **Ralph Lenkert** (Gruppe Die Linke): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Und es ist einer von den wenigen Anträgen der Union, die ich richtig toll finde, dass wir drüber reden. Aber an dieser Stelle ist es ein wichtiges Thema und ein Thema, das auch besser behandelt werden sollte.

Wir sind uns sicherlich einig, dass Wärmeentnahme im Auslauf von Kläranlagen im Bereich der Einleitung in den Fluss absolut unkritisch ist. Im Gegenteil, das ist aus ökologischer Sicht sogar vorteilhaft, weil natürlich dann die Temperaturerhöhung im Gewässer deutlich geringer ist.

Aber in den Kanälen sehe ich ja nicht nur die technologischen Probleme, die aus meiner Sicht auch in weiten Bereichen gelöst sind, sondern eben auch sehr viel regulatorische Probleme und Probleme in der Umsetzung.

Da wäre meine Frage an Herrn Bagner vom Deutschen Städtetag. Wenn man aus den Kanälen die Abwärme rausnimmt, welche Risiken bestehen eventuell in der Kläranlage? Welche Risiken bestehen für den Gebührenzahler beziehungsweise für die Anlagen?

Die **Vorsitzende**: Herr Bagner.

SV **Tim Bagner** (Deutscher Städtetag): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, der Professor Donner hat das schon so ein bisschen angetriggert, dass es da einfach auch ein paar Punkte gibt. Wir

haben das ja auch in unserer Stellungnahme dargestellt, dass es im Kläranlagenablauf durchaus gute Effekte hat. Und da hängt es lediglich an der Frage, habe ich eine Anbindung an die Netzinfrastruktur, weil die Klärwerke meistens relativ weit außerhalb der Städte sind und nicht immer passt das gut. Deswegen hängt es da maßgeblich an Infrastrukturfragen.

Im Kanal selber ist es natürlich so, dass ich eine gewisse Voraussetzung brauche, um es technisch umzusetzen. Ich brauche einen entsprechenden Durchmesser, ich brauche einen entsprechenden Durchfluss. Man sagt so 15 Liter die Sekunde im Trockenwetter. Da brauchen wir einfach ein entsprechendes Volumen.

Klar, die Fragen von Verschmutzung, von Spülung und Wartung, die sind ein Thema. Die müssen dann auch in der Regulatorik entsprechend so abgebildet werden, dass es ganz konkrete Verträge gibt mit denen, die das am Ende betreiben. Wenn ich als Abwasserentsorger die Infrastruktur bereitstelle und sage, hier gibt es ein Potenzial und es findet sich jemand, der das Potenzial heben möchte, dann muss ich das rechtlich so wasserfest absichern, dass klar ist, wer übernimmt die Kosten der Wartung, wer übernimmt die Kosten der Reinigung, die durch die Abwasserbetriebe geleistet werden. Wenn ich dann, wie in dem Fall auch noch, Nutzungsentgelte oder Wärmeentgelte nehme, weil die Wärme am Ende gehört dem Abwasserbeseitigungspflichtigen, zu sagen, okay, wir stellen die zur Verfügung, ihr könnt die heben, aber wir nehmen dafür auch noch ein kleines Entgelt, dann kann die natürlich auch gebührenmindernd eingesetzt werden. Das gibt das Gebührenrecht vor und ich denke, das ist auch common sense, dass das dann auch entsprechend gegengerechnet wird.

Wichtig ist noch mal, dass das auf jeden Fall die herausforderndste Technologie ist im Vergleich zum Kläranlagenabfluss, aber die Erfahrungen zeigen, wenn man da an den richtigen Stellen guckt, wenn man die Kriterien, die ich auch schon genannt habe, also die Frage von Durchmesser, Durchfluss, von den Auswirkungen auf die Kläranlage und auf die Hydraulik, wenn das passt, dann gibt es auf jeden Fall eine Möglichkeit, das auch umzusetzen.



Und was die Auswirkungen auf den Klärungsprozess angeht, ich hatte am Anfang versucht darzustellen, dass wir schon sagen, Abwasserentsorgung ist Kern der Daseinsvorsorge und die muss funktionieren. Dazu gehört die Klärung im Klärwerk. Und wenn das Temperaturniveau zu stark abfällt in den Sammlern, dann haben wir schon am Ende mit Problemen ... und was wir nicht wollen, ist, dass wir am Ende wieder hochreizen. Das kann man technisch machen, aber das ist natürlich nicht die Idee von Wärmenutzung aus Abwasser. Insofern ist das ein wichtiger Punkt nochmal.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann starten wir die zweite Runde und es beginnt wieder Helmut Kleebank von der SPD-Fraktion.

Abg. **Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir haben jetzt die Komplexität schon ziemlich gut beleuchtet und wie viele unterschiedliche Aspekte zu bedenken sind und meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Lobo und vertieft nochmal an einer anderen Stelle so ein klein wenig jedenfalls, nämlich die Frage des Potenzials. Wir haben jetzt so ein bisschen die fünf Prozent gehört.

Erste Frage wäre, können Sie das bestätigen? So Pi mal Daumen. Zweite Frage war ein Aspekt, den Sie ins Spiel gebracht haben, glaube ich, kalte Netze und warme Netze. Und da würde mich mal interessieren: Kann man schon abschätzen, wohin da die Reise eher geht? Oder wird das vielleicht so 50/50 sein? Was hören Sie von Ihren Unternehmen?

Die **Vorsitzende**: Herr Lobo. Sie müssen das Mikro nur schnell einstellen.

SV **Dr. Kai Lobo** (VKU): Das Potenzial ist ja erstmal ein rechnerisches Potenzial, das sich auf eine bundesweite Betrachtung bezieht. Wir haben im Wärmeplanungsgesetz die Potenzialanalyse vor Ort in der Wärmeplanung verpflichtend vorgeschrieben. Sie ist jetzt auch Teil des am Montag erschienenen Leitfadens zur Umsetzung der Wärmeplanung in den Kommunen. Die Abwasserwärme muss dort als Potenzial ausgewiesen werden. Es müssen auch die Abwasserstränge ab einer bestimmten Normgröße ausgewiesen werden in der kommunalen Wärmeplanung. Wir halten

das für sehr zielführend, um auch Dritten die Möglichkeit zu geben, entlang von Abwasserkanälen eigene Projekte zu konzipieren.

Deswegen ist auch noch mal wichtig zu bemerken, dass auch in der Bundesförderung effiziente Wärmenetze für sogenannte Transformationspläne, TRAFÖ-Pläne, die erstellt werden müssen, um Förderung erhalten zu können für jedes Bestandsnetz, dass auch dort Abwasserwärmepotenziale zwingend betrachtet werden müssen, in diese Transformationspläne integriert werden müssen.

Gleichwohl, Herr Langefeld hat völlig recht, wir müssen die Förderung in der BEW überführen ins Gesetz, nach Möglichkeit ins Wärmeplanungsgesetz, um hier gesetzliche Ansprüche zu begründen, um den Kapitalmarkt auch zu adressieren, der Sicherheiten bei der Förderung fordert.

Kalte Netze und warme Netze. Bisher sind kommunale Unternehmen, Stadtwerke, klassischerweise Betreiber von warmen Netzen. Warum ist das so? Weil wir die KWK-Technologie in der Vergangenheit natürlich absolut sinnvoll in Wärmenetzen genutzt haben. Wenn wir schon fossile Stromerzeugung im Strommarkt brauchen, sollten wir natürlich nach aller Möglichkeit die in gekoppelter Erzeugung im KWK-Prozess auch erzeugen. Deswegen sind auch relativ hohe fossile Anteile noch in den warmen Netzen, weil die KWK eben hier für die Wärme hocheffizient sorgt.

Wer ist Betreiber von kalten Netzen? Das sind oft neue Formen von Unternehmungen, die sich auf den Weg machen, teilweise Kooperationen mit kommunalen Unternehmen, teilweise Bürgerenergiegenossenschaften. Teilweise ist das auch ein Projektentwickler, der sein Neubauquartier selber mit dem Nahwärmenetz ausstatten möchte.

Wir sind hier sehr offen. Wir haben Kommunen, beispielsweise Hannover, die in ihrer kommunalen Wärmeplanung jetzt weitgehend abgeschlossen ist, schon auch Gebiete für Nahwärmenetze, also ein Nahwärmegebiet ausweisen. Zehn Prozent der Stadtfläche in Hannover hat diese Ausweisung.

Wir sind also sehr gespannt, wie viele Beispiele hier noch folgen werden. Wir halten das für sehr sinnvoll, diese Nahwärmelösung, das sind ja Nahwärmeinseln, wenn man so möchte, auch in der Wärmeplanung zu adressieren.



Die **Vorsitzende**: Danke, Herr Lobo. Und jetzt rufe ich auf, Frau König von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Anne König** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für diese wirklich informative Runde. Ich möchte als CDU einfach noch mal sagen, also uns haben Sie definitiv bei diesem Thema an Ihrer Seite. Wir haben uns das vor Ort auch schon angeguckt hier in Berlin an einem super Beispiel. Und ich glaube, wir sollten uns hier alle zusammenschließen, dass wir wirklich die PS auf die Straße bringen und dass wir eben nicht in 20, 30 Jahren auf dieses Land schauen und sagen, Mensch, was haben wir da eigentlich für ein Potenzial liegen gelassen? Und diese schier unermüdliche Energiequelle, will ich sie jetzt mal nennen, die unter unseren Füßen davon rinnt, die, denke ich, ist es doch wirklich auch wert, gehoben zu werden.

Jetzt haben wir natürlich ganz viel auch schon gehört, oh das ist in Deutschland immer so eine Sache, Technologie, super, wir sind Technologieführer, mit Sicherheit auch in diesem Bereich. Aber wie sieht das denn aus mit den ganzen Prozessen? Und da möchte ich noch mal ein bisschen reingehen. Herr von Bothmer, vielleicht haben Sie noch ein, zwei Beispiele, wenn Sie sagen, dass Sie das auch weltweit machen. Gibt es vielleicht Beispiele an Ländern, die es unbürokratischer machen? Oder haben die irgendwelche Dinge schon umgesetzt, die die anbieten, damit das Ganze schneller genutzt wird?

Und an Sie, Frau Franzke, noch eine Frage zum Thema, wie sollten Ihrer Meinung nach die Abwasserbetriebe besser unterstützt werden? Einfach, dass wir da jetzt auch wirklich noch mal einen Schritt nach vorne gehen.

Die **Vorsitzende**: Zuerst Herr von Bothmer und dann Blick auf die Zeit Frau Franzke, achte ich mit drauf.

SV **Stephan von Bothmer** (UHRIG Energie): Ja, vielen Dank. Eindrücke aus anderen Ländern. Zwei kurze Beispiele. Die Niederlande, die haben eine Potenzialkarte für das gesamte Land, digital, online, für jedermann verfügbar. Gutes Vorbild.

Und Beispiel zwei: Belgien, da werden Kanalabschnitte versteigert, bestbietend, um die Wärme dann dem Markt zur Verfügung zu stellen. Das halten wir für gut.

Zwei Dinge, wenn ich darf, noch kurz zu Verbesserungen. Abkühlung des Abwassers durch Energieentnahme. Wenn Sie hier in Berlin, in der Innenstadt, Anlagen bauen, im Megawattbereich, spüren Sie auf der Kläranlage überhaupt nichts mehr davon. Da müssen Sie schon ein paar hundert Megawatt entziehen, das haben die Berliner auch selber errechnet, wenn ich das so sagen darf. Kennen wir aus anderen Städten auch, also bitte verstehen, der Ablauf der Kläranlage ist interessant, aber das Netz davor ist interessant, weil da die Quelle nah am Abnehmer ist. Und es ist besonders günstig, Quelle und Abnehmer nah beieinander zu haben. Und die Abkühlung ist ein Thema, das man errechnen kann, das ist pure Physik, und da muss man Wissen vergemeinschaften. Wichtig.

Und zur Wirtschaftlichkeit ganz kurz: Die Investitionen sind nicht sehr hoch in dem Bereich. Treiber sind immer die Stromkosten. Wir dekarbonisieren mit Strom und der Strom muss günstiger werden, dann fliegen diese Projekte. Die Investitionen sind überschaubar bei der Abwasserwärme, bei der Geothermie und bei allen anderen Optionen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Danke, Frau Franzke.

SV **Dipl.-Ing. Ulrike Franzke** (Stadtentwässerungsbetriebe Köln): Ja, vielen Dank. Also zum einen ist die Nutzung der Abwasserwärme oder der Bekanntheitsgrad, dass man das nutzen kann, einfach noch viel zu gering. Wir brauchen mehr Informationen an alle Beteiligten, sich mit diesen Projekten auch auseinanderzusetzen. Wir brauchen auch gerade für kleinere Abwasserbetriebe standardisierte Verfahren, Checklisten, Standardverträge, weil denen steht nicht allen ein großer Ingenieurstab zur Verfügung, die individuell alle Projekte einzeln durchrechnen beziehungsweise begleiten können.

Und was auch ein Hemmschuh ist – also wir haben zurzeit ungefähr 50 Anfragen, zwei Projekte sind konkret in der Umsetzung und dann stößt man auf Fragestellungen: Darf ein Wärmeversorger über öffentliches Land gehen, ja oder nein? Also diese Fragen müssen auch geregelt werden. Im Weiteren, wie wird dann eigentlich die Zu- und die Ableitung aus dem Kanal auf das private Grundstück organisiert? Ansonsten sind wir sehr



froh, dass das Thema so viel Fahrt aufgenommen hat, und wollen es auch gerne weiter begleiten.

Die **Vorsitzende**: Danke, Frau Franzke, Bernhard Herrmann jetzt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zunächst nochmal eine Anmerkung, bitte sei mir gestattet. Gefördert wird die Fernwärme schon immer. Kein Gas-KWK wäre entstanden und jemals gebaut worden, wenn wir dafür nicht verlässliche, auskömmliche Förderung gehabt hätten, und die brauchen wir auch im BEW. Das trifft alle Wärmearten und das betrifft ganz insbesondere natürlich auch die Abwasserwärme. Wenn wir wirklich dekarbonisieren wollen, dann müssen wir es auch tun.

Ein kurzer praktischer Bezug: Derzeit liefert bei mir, bei uns im Mehrfamilienhaus eine durch Solarstrom betriebene Luftwärmepumpe Wärme für 6 bis 7 Cent. Ich werde einen Teufel tun, irgendwas zu teures Zentrales zu nehmen zu der Zeit oder teure Pellets zu verheizen. Bei 35 Grad Holz zu verheizen, ist nicht technologieoffen, es ist, sorry, ich spare mir den Begriff, nicht vernünftig.

Wenn ich auch auf Wärme aus dem Kanal zugreifen könnte, wäre wahrscheinlich der Wärmepreis für 3 bis 4 Cent zu haben. Natürlich weiß ich, dass ich dafür investieren muss. Dafür Bedingungen zu schaffen ist aber wichtig, weil wir das sozial hinbekommen müssen.

Nochmal an Herrn Köhler hätte ich daraus abgeleitet zwei Fragen. Warum ist Ihrer Meinung nach, vielleicht gibt es ein ganzes Tableau, immer noch so zaghaft die Abwasserwärmenutzung festzustellen? Und zu einem ganz konkreten Punkt, dass Sie da vielleicht etwas tiefer eingehen, die Informationslage, Informationsfreiheitsrechte, als Kommunalpolitiker kann ich dazu ein Buch schreiben. Wie sieht es da aus? Ländersache. Was kann da vielleicht der Bund tun? Wir wollen ja auch mit-helfen. Welche Regelungen könnten wir auch gesetzlich eventuell dort voranbringen, dass die Informationslage besser wird? Danke.

Die **Vorsitzende**: Herr Köhler, bitte.

SV **Benjamin Köhler** (Öko-Institut e. V.): Vielen Dank. Ganz kurz zur zaghaften Nutzung. Die

Hemmnisse hatte ich schon genannt. Ein weiteres Hemmnis wurde auch von verschiedenen Stellen genannt. Ich brauche für die Abwasserwärmenutzung Wärmepumpen. Wärmepumpen werden mit Strom betrieben. Solange der Preisunterschied zwischen Strom und Gas ungünstig ist, fliegen die Projekte nicht. Wie Herr von Bothmer das ganz nett formuliert hat. Das ist ein Thema, was sicherlich wichtig ist. Für alle Wärmequellen, die mit Wärmepumpen auch genutzt werden, damit diese Projekte fliegen, muss man an diesen Preisunterschied ran.

Zur Verbesserung der Informationslage. Der Bund hat mit dem KWW (Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende) auf jeden Fall eine Institution geschaffen, die auch relevante Akteure mit adressiert, wo auch Informationen bereitgestellt werden, wo auch schon in den vergangenen Monaten Veranstaltungen genau zu dem Thema Abwasserwärmenutzung stattgefunden haben, organisiert werden. KWW kann man sicherlich an der Stelle noch weiter unterstützen und vielleicht auch mal schauen, ob das Thema dort noch prominenter auch adressiert werden kann. Und auch über diesen Weg, vielleicht auch Musterverträge oder ähnliches zur Verfügung zu stellen, weil das sicherlich auch ein relevanter Hemmschuh in den kommunalen Verwaltungen ist. Wie regule ich das? Bei welcher Konstellation von Akteuren brauche ich welche Verträge mit welchen Akteuren? Nutzung öffentlicher Raum etc. wurde eben schon genannt. Das sind einfach offene Fragen, die sicherlich über Musterverträge, über entsprechende Hinweise für die relevanten Akteure noch mal verbessert werden können.

Die Informationslage, Wärmeplanungsgesetz hatten wir schon genannt. Es wäre wünschenswert, dass die Informationen zentral gesammelt werden, die Potenziale auch öffentlich online zur Verfügung gestellt werden in Potenzialkarten. Hier sollte man prüfen bei der nächsten Novelle des Wärmeplanungsgesetzes, die sicherlich irgendwann kommen wird, das Thema noch mal auch stärker zu thematisieren, zu adressieren und bis dahin die Länder auch zu ermutigen, an dieser Stelle noch weiterzugehen, als das Wärmeplanungsgesetz auf der Bundesebene gegangen ist.

Die **Vorsitzende**: Danke Herr Köhler. Ich rufe auf Steffen Kotré für die AfD-Fraktion.



Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Vielen Dank. Meine Frage geht an Herrn Hennig. Welche Probleme sind mit der Entnahme der Wärme bei Abwasser verbunden? Was können da so für Folgeprobleme sich zeigen? Wie ist das einzuordnen? Ist das ganz unproblematisch oder was gibt es für negative, eventuell negative Auswirkungen?

Die **Vorsitzende**: Herr Hennig.

SV **Dipl.-Ing. Frank Hennig**: Prinzipiell sind natürlich niedrigere Wassertemperaturen in der biologischen Abwasserklärung eher schlecht. Die Bakterien arbeiten dann quasi nicht so gut. Es gibt aber sicherlich Möglichkeiten der Fahrweise der Abwasseranlagen dem entgegenzuwirken. Besser ist natürlich dann die Lösung, den Ablauf der Klärwerke zu nutzen. Hier sind solche Einflüsse auf den Klärprozess an sich nicht zu sehen.

Das Ganze ist handelbar. Es gibt aus meiner Sicht keine Probleme, die dieser Nutzung völlig entgegenstehen. Es ist natürlich so, wenn im Zulauf bereits Wärme abgeführt wird, und das in großem Maße und die Eintrittstemperatur in die Klärbecken verlangt dann eine Drosselung des Wärmezugs, dann ist das natürlich kontraproduktiv. So weit darf der Wärmeentzug nicht gehen. Aber wir haben viele Abwasserwerke und jedes Abwasserwerk, jeder Abwasserbetrieb kennt seine Anlagen ganz genau und weiß, was er ihm zumuten kann, was er optimal fahren kann. Diese Probleme halte ich alle für lösbar.

Wie gesagt, am Ende steht die Kostenrechnung, die stimmen muss, dann setzt sich die Technologie im Wesentlichen von allein durch.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Nachfrage. Gibt es irgendwelche Schwankungen im Sommer-Winterbetrieb? Ist das überhaupt abhängig von der Außentemperatur? Wie sieht es da aus?

SV **Dipl.-Ing. Frank Hennig**: Sicherlich ist der Wärmebedarf im Winter deutlich höher. Im Sommer die Anlage in Teillast zu betreiben oder runterzufahren ist bei gestuften Wärmepumpenanlagen kein Problem. Es ist auch möglich, aus der Wärme dann Fernkälte zu machen. Das ist handelbar. Der Knackpunkt ist der Winter, wo gewisse grundlastfähige Wärmemenge entzogen werden soll, dass dort keine Grenzwerte in irgendeiner

Form im Klärwerk überschritten werden dürfen. Das sind Probleme, die sind handelbar.

Die **Vorsitzende**: Danke schön. Dann rufe ich auf Konrad Stockmeier von der FDP-Fraktion.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage richtet sich wieder an Herrn Langefeld. Jetzt geht es um das Thema der Anschluss- und Benutzungszwänge. Es wird, meine Damen und Herren, Sie nicht überraschen, dass wir Liberale Vorbehalte gegen solche Anschluss- und Benutzungszwänge haben. Ich glaube, Ralph, es ist dir nicht neu. Dass wir Vorbehalte gegen solche Zwänge haben, weil wir Menschen bei der klimaneutralen Energieversorgung immer besser mitnehmen, wenn wir sie gar nicht zu irgendwas zwingen, sondern wenn sie da freiwillig mitmachen wollen.

Auf der anderen Rheinseite, Mannheim, der örtliche Versorger, die MVV, wird beim Ausbau der Fernwärme gar nicht auf solche Zwänge setzen, weil sie sie nicht brauchen. Wie schätzen Sie dieses Thema ein, wenn wir jetzt das Projekt Frankenthal und Umgebung nehmen, die Ludwigshafener mögen mir verzeihen, dass ich sie jetzt zur Umgebung von Frankenthal degradiert habe, aber brauchen Sie, um dieses Projekt zum Laufen zu bringen, solche Zwänge, oder würden Sie sagen, nö, das kriegen wir auch anders hin?

Die **Vorsitzende**: Herr Langefeld.

SV **Volkmar Langefeld** (Stadtwerke Frankenthal): Vielen Dank Herr Stockmeier. Zu der Degradierung könnte ich noch viel mehr sagen, aber ich möchte jetzt primär auf den anderen Teil des Themas konzentrieren.

Also, jedes neue Fernwärmeprojekt hat Sorgen, wenn sie nicht mindestens 60, 70 Prozent der Kunden da dran kriegen. Das ist immer so. Aber auf der anderen Seite, wenn Sie ein attraktives Projekt haben, wo einfach sichergestellt ist, dass man günstiger ist als der Vergleichspreis einer normalen Luftwärmepumpe, dann haben Sie diese Sorgen eigentlich nicht. Und ich kann jetzt aus der Praxis sprechen, wir haben das verprobt, weil wir haben jetzt schon angefangen mit allen wesentlichen Kunden, das sind die großen Wohnungsbaugesellschaften, das sind die großen



Verwalter, das sind alle Gewerbekunden, die wir jetzt schon beginnen, wie soll ich sagen, zu informieren, in welchen Zeitraum sie dann rechnen können, dass eine Anlage gebaut wird.

Und es gibt eine massive Nachfrage. Einfach deswegen, weil ein Fernwärmeanschluss am Ende des Tages – wenn Sie sich das praktisch vorstellen, Sie haben einen Fernwärmeanschluss, der ist so groß wie ein Kasten Bier. Den hängen Sie an die Wand und damit haben Sie nie wieder was zu tun. Die Alternative ist, Sie stellen sich eine Wärmepumpe hin, das ist ein größerer Kühlschrank, den müssen Sie jedes Jahr warten, das Ding geht kaputt, Sie haben große Investitionskosten und müssen es alle paar Jahre auch noch austauschen. Das ist ein unheimlich starkes Argument.

Im Augenblick haben wir aber Sorge in der Bevölkerung, weil – das Bundeskartellamt hat sich auch gerade kürzlich wieder negativ zur Fernwärme geäußert. Das Thema war öfters im Gerichtsverfahren zu sehen, dass die Fernwärme als Monopol, was Kunden ausnutzt, dargestellt wurde. Deswegen werden wir nicht auf Anschluss- und Versorgungszwang drängen, weil mit Zwang kriegt man am wenigsten Entscheidungen hin.

Wir gehen allerdings fest davon aus, und da haben wir klare Rückmeldungen, dass wenn das Ganze erst einmal anläuft, wir dann auch die Anschlussmengen bekommen, die wir brauchen. Und es hat sich auch im Umfeld herausgestellt, Sie haben MVV erwähnt, in der Tat, wenn es dann einmal liegt, ist das fast immer die beste Option für einen Verbraucher.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Langefeld. Ich könnte mir vorstellen, dass Helmut Kleebank, der jetzt die dritte Runde eröffnet, da nochmal nachhaken wird. Aber vielleicht auch nicht.

Abg. **Helmut Kleebank** (SPD): Schauen wir mal. Vielleicht eine kurze Bemerkung. Das Schöne ist ja, dass ein Anschluss- und Benutzungszwang auf Bundesebene kein Thema ist. Dass soll vor Ort entschieden werden und die unterschiedlichen Möglichkeiten und auch Bedarfe der Kommunen oder des betreffenden Quartiers sind aus unserer Sicht entscheidend. Insofern ist das hier aus meiner Sicht gar keine Diskussion.

Aber jedenfalls doch noch eine Rückfrage an Herrn Dr. Lobo. Wir haben jetzt aus einer Reihe von Statements etwas gehört über notwendige Rahmenbedingungen. Da wäre es ganz schön, wenn Sie das aus Sicht des VKU vielleicht nochmal auf den Punkt und auf die wesentlichen Aspekte reduzieren könnten.

Die **Vorsitzende**: Herr Dr. Lobo.

SV **Dr. Kai Lobo** (VKU): Vielen Dank, das mache ich sehr gerne. Ich knüpfe direkt an Herrn Langefeld an. Was wir im Moment an Fernwärme-Bashing sehen, ist unerträglich. Gerade wieder die Monopolkommission am Montag: technisch, fachlich fragwürdige Vergleiche aufgestellt und sich aber dann als Vorsitzender in unzulässiger Weise populistisch ohne Basis in der Presse zu äußern, macht natürlich Vertrauen kaputt, das vor Ort extrem vorhanden ist. Die Unternehmen haben eine extrem hohe Nachfrage nach Fernwärmeanschlüssen. Fernwärme ist vor Ort sehr beliebt.

Wir brauchen genau die Rahmenbedingungen, um die Fernwärme immer stärker zu dekarbonisieren, auf erneuerbare Energien wie eben Abwasserwärme umzustellen. Denn das bringt preisliche Verlässlichkeit bei den Wärmequellen insofern, als dass ein ganzer guter Teil der Wärme dann zu einem verlässlichen Preislevel für lange Zeit bereitgestellt werden kann.

Gleichwohl, Abwärme aus Abwasser muss immer besichert werden. Auch das ist Aufgabe der Fernwärmebetreiber. Deswegen sage ich, es ist keine 100-Prozent-Technologie und das macht die Aufgabe der Fernwärmebetreiber so komplex, gleichzeitig für den Kunden extrem komfortabel. Man schmeißt alle Verantwortung über den Gartenzaun. Das ist eine rundum sorglose Technologie, hat dann nur noch den Kasten Bier an der Wand hängen und fertig.

Das geht natürlich mit einer Herausforderung einher, den Ausbau der Fernwärme auch planbar zu gestalten. Wir wollen die Fernwärme verdreifachen. Das haben wir im Fernwärmegipfel mit der Bundesregierung verabredet. Wir haben unseren Teil, nämlich eine Preistransparenzplattform als Branche auch umgesetzt. Wir fordern jetzt von der Bundesregierung, ihre Hausaufgaben auch zu machen, nämlich die Wärmelieferverordnung entsprechend anzupassen, nämlich das KWKG zu



verlängern, nämlich auch die BEW-Förderung konkurrenzfähig auszustatten zu anderen Fördertechnologien, beispielsweise der Wärmepumpe. Wenn man die Fernwärme verdreifachen will, muss man auch die BEW kurz- bis mittelfristig verdreifachen, sonst wird man den Ausbau der Fernwärme schlichtweg nicht sehen.

Dieser Strauß an Dingen, die jetzt die Politik noch auf den Weg bringen muss, das müssen wir jetzt erreichen, noch in dieser Legislaturperiode nach allen Möglichkeiten, weil wir sonst einfach eine zu lange Pause haben und die Wärmeplanung, der Ausbau der Fernwärme nicht warten kann. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Lobo. Anne König jetzt für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Anne König** (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Franzke und auch Herr von Bothmer, ist in der letzten guten Stunde irgendein Thema nicht angesprochen worden? Dann würde ich Ihnen beiden jetzt einfach nochmal, wenn Sie sich die Zeit aufteilen, vielleicht den Punkt, den Sie machen wollen, in Ihrem persönlichen Schlussstatement an Zeit geben. Vielleicht fängt Frau Franzke diesmal an.

Die **Vorsitzende**: Frau Franzke, bitte.

SV **Dipl.-Ing. Ulrike Franzke** (Stadtentwässerungsbetriebe Köln): Ja, adressiert worden ist im Wesentlichen alles. Ich würde gerne nochmal ganz an den Anfang zurückgehen, dass das sicherlich die Projekte aus dem Kanalnetz eher einzelne Projekte sind und nicht zwingend in der Fernwärmeplanung aufgehen sollten, einfach wegen der auch angesprochenen hohen Temperaturunterschiede. Gleichwohl haben die eben große Chancen, weil die Wärme oder der Abwasserkanal schon da liegt und es deswegen sehr viel schneller umgesetzt werden kann als langfristige Fernwärmeausbauten.

Und ansonsten das Potenzial an den Kläranlagenabläufen deutlich größer ist, das ist auch in Köln so. Die Wärmepumpe am Ablauf des Klärwerkes hat 50 MW, im gesamten Netz wären es 75. Da sieht man, dass eigentlich der Teil, der wirklich für die Fernwärme oder auch Nahwärme

zur Verfügung gestellt werden kann, eher aus der Kläranlage dann kommt.

Die **Vorsitzende**: Herr von Bothmer.

SV **Stephan von Bothmer** (UHRIG Energie): Vielen Dank. Vieles ist gesagt. Ich fühle mich bestätigt, dass vor allem auf dem technischen Level einiges zu vergemeinschaften ist. Ich erlaube mir, das zu sagen, weil wir eben so viele Projekte schon umgesetzt haben. Ich würde gerne noch ergänzen zu dem Abkühlungsthema, was wir gehört haben. Was passiert in den Hunderttausenden von Kilometern vor den Kläranlagen. Das ist viel. Es gibt auch einen geothermischen Effekt. Das heißt, die Kanäle nehmen auch Wärme aus dem Boden auf. Es gibt Erholungstrecken. Das muss man betrachten. Wenn wir über diese Potenziale reden, würde ich gerne verhindern, dass wir nur auf die Kläranlagen gucken, weil beides Sinn macht und beides machbar ist.

Das Zweite, was ich gerne noch unterstreichen würde, ist das Thema Ziel. Wir haben es eben gehabt. Warum braucht es ein Ziel. Ich glaube, ein Ziel ist sehr gut, um ein Signal zu setzen und zu mobilisieren. Mich überzeugt das Argument, dass jede Technologie ein Ziel gebrauchen könnte, aber für die Geothermie haben wir auch eines formuliert und nicht ohne Grund und auch mit Maßnahmen und das, obwohl es eine kommunale Wärmeplanung bereits gibt. Bei der wird wichtig sein, die Wasserwirtschaft – ich hoffe, ich darf da für Sie sprechen – auch mit einzubinden.

Ich habe gelesen, dass das BMWK mit dem Bauministerium die Köpfe zusammensteckt, um die kommunale Wärmeplanung zu koordinieren. Ich frage mich, warum ist das Umweltministerium nicht dabei, wo die Wasserwirtschaft zu Hause ist und unser Thema, über das wir heute sprechen. Auch da braucht es noch ein bisschen mehr Zusammenarbeit aus meiner Sicht. Ich hoffe, das war ein guter Auftakt und möchte Danke sagen.

Die **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und rufe auf Bernhard Herrmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Bernhard Herrmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr von Bothmer, ich würde an Sie noch eine Frage formulieren und lassen Sie mich ein paar Dinge sagen. Ich glaube,



es gibt aber auch einen Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, der bitte auch eine Rolle spielen sollte. Das fehlt mir ein Stück weit, da nehme ich auch keine Aktivitäten wahr, aber das wird sich sicherlich auch ändern lassen.

Wir sind mit sehr effizienten Projekten dabei. Berlin zeigt es, Bamberg, Frankenthal, also auch kleinere Städte schaffen das, durchaus die Nutzung voranzubringen. Das größere Bewusstsein ist definitiv notwendig, wie für manche andere Dinge. Niedriginvestive Dämmmaßnahmen werden völlig unterbelichtet in der öffentlichen Diskussion, weil sie in der Politik wahrscheinlich auch einfach stattfinden sollten. Sie finden aber nicht statt, wenn sie nicht auch Thema sind. Das ist eine gewisse Parallelität.

Wir müssen aber auch – und wenn wir nochmal zum Thema Fernwärme insgesamt kommen – effizient sein, realistische Lösungen. Ich habe nicht umsonst dieses konkrete Beispiel selbst genannt. Wenn viele Stadtwerke noch einfach die jetzigen Bedarfe aufaddieren, darauf ihre Fernwärmesysteme dimensionieren, wird das ein Debakel werden, kostenmäßig. Das findet immer noch statt. Auch Herr Dr. Lobo, der VKU kann da und sollte da noch aktiver werden. Das kann nicht gut gehen, weil es wird Effizienzsteigerungen geben, es wird Eigennutzung geben und wir wollen uns doch nicht verbieten, unsere eigene Nutzung vor Ort jeweils zu optimieren.

Eine Sache noch vielleicht auch, die wirklich Wasser im Wein ist: Wir haben – das muss ich Ihnen auch sagen, wie ich es vielen gesagt habe – wir haben uns im Wärmeplanungsgesetz für die Fernwärme recht geringe, wenig ambitionierte Ziele gesetzt. Und in der jetzigen Zeit, wo wir meinen, alle kein Geld zu haben, fördern wir auch wenig, wenn wir wenig fordern, das trifft uns alle. Ich halte das für einen Pyrrhussieg, den wir dahin gelegt haben, aber das ist so.

Eine Frage an Sie noch, die Förderung der Abwärme, genau um die Förderung anbinden, haben Sie auf der Internetseite geschrieben, braucht Abwasserwärme, braucht im Wesentlichen keine nennenswerte Förderung. Jetzt steht es im CDU/CSU-Antrag aber so drin. Inwieweit ist diese Forderung wirklich berechtigt?

Und dann noch eine Frage: Strompreise schwanken massiv im Laufe des Tages. Wie können

Pufferungen in den Gebäuden, in den Fernwärmenetzen selber auch beitragen, dass man eben doch sehr preiswert mit Energie in den Städten arbeiten kann? Danke.

Die **Vorsitzende**: Herr Bothmer jetzt doch nochmal.

SV **Stephan von Bothmer** (UHRIG Energie): Danke, zur letzten Frage, Strompreise und dynamische Stromtarife. Das kann man natürlich mit klugen Systemen steuern, das ist ja auch 1Komma5° und Enpal und die neuen Ansätze, die wir im Markt sehen, sind vielversprechend, sind aus unserer Sicht der Schlüssel. Es bleibt so, der Strom macht die Projekte teuer, wir dekarbonisieren unser gesamtes Land mit Strom. Wenn der unglaublich teuer ist, dann wollte ich auch nicht mit der Regierung tauschen, dann ist das einfach ein schwereres Spiel.

Die Förderung können wir trotzdem natürlich gebrauchen, um Investitionen erträglicher zu machen. Wenn Sie heute ins Gebäude-Energie-Gesetz schauen, das ist schon witzig, dann werden Sie Abwasserwärme an zwei Stellen finden: bei Abwärme und bei erneuerbaren Energien. Stand jetzt ist es beides, denn es war früher eine Abwärme, wurde dann zu Erneuerbaren, aber der Status Abwärme wurde nicht gelöscht, was auch bei manchen Fördergebern zu Ratlosigkeit führt und Projekte dann nicht zustande kommen.

Was es am Ende ist, ist für uns gar nicht so wichtig, aber das ist auch so eine Kuriosität sozusagen, die die Fördermittel dann erschwert, also in der Aktivierung. Aber die Antwort: Der Strompreis ist der Schlüssel, aber wir werden es nicht nur mit intelligenten Steuerungen regeln können, sondern der Strom muss billiger werden. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank und Konrad Stockmeier für die FDP-Fraktion stellt jetzt ... Ah, Entschuldigung. Ich bin verrutscht. Dann rufe ich jetzt auf, Steffen Kotré für die AfD-Fraktion.

Abg. **Steffen Kotré** (AfD): Ja, vielen Dank. Herr Hennig, wie schätzen Sie das ein? Also wir haben ja explodierende Strompreise, die werden auch in den nächsten zehn Jahren nicht runter gehen bei dieser desaströsen Energiepolitik. Kann man dann



überhaupt von einer ökonomischen Nutzung von Abwärme sprechen?

Die **Vorsitzende**: Herr Hennig.

SV Dipl.-Ing. Frank Hennig: Ja, es sind gerade einige Optionen genannt worden, wie man mit schwankenden Strompreisen umgeht. Es ist auch möglich, im Wärmebereich relativ kostengünstig Wärme zu speichern, im Gegensatz zur Stromspeicherung.

Ja, in der Tat, es ist dann die Frage, um ein solches Projekt wirtschaftlich zu gestalten, wie viele Fördermittel sind dann nötig oder an der Stelle wohl eher möglich. Wir erleben gerade, dass acht Milliarden Euro nachgeschossen werden müssen, weil die EEG-Umlage nicht reicht. Das Konto ist leer, muss aufgefüllt werden. Es stehen ab dem nächsten Jahr die Zahlungen an für das Next Generation, also die EU-Wiederaufbauprogramme nach Corona. Das heißt, der Staatshaushalt ist äußerst angespannt. Es wird keine Sonderschulden mehr geben, hat das Verfassungsgericht so festgelegt. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass hier Fördermittel fließen und vor allen Dingen in größerem Umfang Fördermittel fließen werden, die halte ich für gering. Aber das ist notwendig, damit die Betriebe dieses kalkulieren können. Das ist jetzt die offene Frage, die am Ende politisch entschieden werden muss.

Die **Vorsitzende**: Danke. Okay. Dann jetzt Konrad Stockmeier für die FDP-Fraktion.

Abg. **Konrad Stockmeier** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Sachverständige. Herr Langefeld, es wird Sie nicht überraschen, ich habe noch eine letzte kurze Frage an Sie, möchte aber eine Bemerkung vorausschicken.

Angesichts von knapp einer Billion Steuereinnahmen, voraussichtlich 2025, davon zu sprechen, dass wir, wer weiß, was für Knappheiten im Staatshaushalt hätten, das finde ich eine merkwürdige Sicht der Dinge, die ich nicht teile.

Herr Langefeld, nun kurz zu meiner Frage. Also, wir haben die Potenziale dargelegt, wir brauchen keine Anschluss- und Benutzungszwänge. Gleichwohl ist ja die Umsetzung all dessen wirklich immer eine große Herausforderung, auch nochmal hinsichtlich einfach des Personals, das wir dafür

gewinnen müssen. Sie haben auch berichtet, dass Sie da Personal aufbauen.

Welche Lösungen sehen Sie denn vor Ort, um da mit etwaigen Engpässen konstruktiv umzugehen, sodass man die Bevölkerung in so einer Stadt, wo jetzt auch ein Fernwärmenetz entweder erweitert oder neu gebaut wird, dass wir die da mitnehmen und die Leute nicht nur genervt von Baustellen sind?

Die **Vorsitzende**: Herr Langefeld.

SV Volkmar Langefeld (Stadtwerke Frankenthal): Ja, ich habe es meinem Oberbürgermeister schon gesagt. Die gute Nachricht ist, wir brauchen kein Innenstadtparkkonzept mehr zu machen, weil wir reißen es eh alles auf. Tatsächlich ist es nicht so. Eine Fernwärme zu bauen, ist ein Dauerlauf. Ich habe eben schon gesagt, wir beginnen mit den Kunden. Wir sind jetzt gerade dabei, die Kunden zu informieren, es kommt irgendetwas. Nicht, dass sie zwischendurch ihre Heizung umstellen auf eine Wärmepumpe und wir haben den Kunden dann im Anschluss für die nächsten 20 Jahre verloren.

Der zweite Teil vom Dauerlauf ist, wenn man das alles machen möchte – Wir haben aktuell rund 250 Leute. Sie bauen ein neues Medium auf. Wir müssen jetzt in den nächsten Jahren, davon aber der größere Teil eher in fünf Jahren und dann in zehn Jahren, 70 neue Leute aufbauen. Parallel ging viel in den Ruhestand. Das heißt, wir haben schon letztes Jahr das Thema Ausbildung verdoppelt. Also die Ausbilder, wir haben dreimal so viele Lehrlinge wie vorher, denn am Ende des Tages braucht man Leute, die das vor Ort machen können, die ihr Netz kennen. Alles ist sehr lokal.

Und dasselbe gilt für den Aufbau von neuem Personal. Wenn Sie ein Unternehmen haben, was 160 Jahre alt ist, seine sehr eigene Kultur hat, dann ist es ebenfalls ein Dauerläufer, diese Kultur in eine Vertriebsstruktur, die man dann braucht, zu ändern. Was wir tun, ist, wir arbeiten sehr stark daran, dass wir das Personal mittelfristig und dann auch dauerhaft haben. Das kriegt man hin, wenn man ein gutes Projekt hat und das von vornherein gut angeht. Und man sollte möglichst immer bei den Ersten sein. Wenn das dann nämlich alle machen, wird es doch eng.



Wir versuchen massiv, das Thema Bau zu reduzieren. Und das machen wir, und da sehen wir unser Stadtwerk in einer starken Position. Wir machen das mit der Stadt gemeinsam. Stellen Sie sich vor, wenn wir anfangen, die Straßen aufzureißen, um Fernwärmeleitungen zu verlegen, dann steht das Tiefbauamt da und sagt, ich muss die Straßen sowieso erneuern, dann kann ich direkt ein Projekt daraus machen und dann kommt die Abwassergesellschaft und der fällt auch ein, dass sowieso einige Kanäle erneuert werden müssten.

Und was wir also vorhaben in Frankenthal, um das Thema Bautätigkeit auf das nötigste Maß zu reduzieren und nicht, dass alle drei Gewerke nacheinander kommen, dann tatsächlich die Innenstadt über Jahrzehnte lahmlegen. Wir machen höchstwahrscheinlich ein gemeinsames Projekt mit einem gemeinsamen Planer, einer gemeinsamen Projektleitung, um die Synergien, sei es kostenseitig, sei es zeitseitig, aber auch personalseitig, nach Kräften zu ziehen. Auch das ist etwas, das müssen Sie sehr, sehr rechtzeitig angehen, dass es zum Zeitpunkt X tatsächlich fertig ist.

Die **Vorsitzende**: Herr Langefeld, einen sehr wichtigen Punkt angesprochen. Jetzt Herr Lenkert, der die Runde beschließen wird mit seiner Frage.

Abg. **Ralph Lenkert** (Gruppe Die Linke): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Die Förderung ist sicherlich notwendig, vielleicht nicht so sehr materiell, sondern psychologisch. Denn wenn es für etwas Förderung gibt, ist das wie ein Gütezeichen. Das muss was Vernünftiges sein. Und das macht dann schon manche Entscheidungen bei Stadträtinnen und Stadträten leichter. Das als Hinweis von einem Linken.

Die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser sollte vielleicht auch mit berücksichtigt werden, weil, es wäre schon günstig für alle Projektierenden, wenn die Regeln in den einzelnen Bundesländern nicht zu sehr differieren.

Meine Frage wäre an Herrn Bagner. Es wurde sehr viel darüber gesprochen, dass die kommunale Wärmeplanung eine wichtige unterstützende Leistung wäre, beziehungsweise auch Voraussetzung. Jetzt die Frage einfach: Was behindert den Abschluss und die schnelle, zügige Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung?

Die **Vorsitzende**: Herr Bagner.

SV **Tim Bagner** (Deutscher Städtetag): Wie viel Zeit habe ich? Da kann man ja ganz viel drüber sprechen. Danke für die Frage. Das ist ein bisschen ein „Randthema“, aber trotzdem natürlich unglaublich wichtig. Was wir nach dem Bundesgesetz sehen, ist, dass sich viele Länder jetzt auf dem Weg machen, Landesgesetze zu definieren. Das ist auch unerlässlich, weil wir in der Frage der Finanzierung natürlich über die Konnexität der Länder angewiesen sind auf Landesgesetze, die auch klar regeln, welche Pflichten die planungsverantwortliche Stelle, also die Kommune, hat, wie sie die Wärmeplanung ganz konkret gestalten soll und welche Mittel dafür fließen an die Stadt und an die Gemeinde.

Solange diese Landesgesetze – und es gibt jetzt welche, die hatten aber vorher schon eins, ansonsten sind alle noch in Diskussion. Es gibt mitunter manchmal Entwürfe und das ist so eine Situation, wo wir schon sagen, das ist ein sehr missliches Signal und gerade auch in Verbindung mit der Frage des Umgangs mit der Impulsförderung über die ZUG (Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH). Da ist sehr, sehr viel Unsicherheit gerade in den Kommunen. Wie gehen wir damit um, wenn wir Fördermittel bekommen haben, aber jetzt durch die Länder verpflichtet werden? Muss das dann verrechnet werden? Es liegen immer noch 800, 900 Anträge bei der ZUG für Impulsförderung, die nicht bearbeitet sind, wo die Kommunen auf Gelder warten, jetzt zu starten. Das heißt, wir brauchen die Rechtsgrundlagen in den Ländern, um dann auch sicher loslegen zu können, für die, die noch nicht losgelegt haben. Und die Fristen sind ja klar, Mitte 2026, Mitte 2028.

Und das zahlt ja auch wieder auf das Thema hier ein, ohne die Wärmeplanung als Grundlage, als Fundament, auch mit Blick auf einen runden Tisch. Das braucht es vor Ort. Das braucht es, glaube ich, nicht auf Bundesebene mit den Verbänden. Das brauchen wir vor Ort. Und das wird auch gemacht. Und deswegen brauchen wir da die Grundlagen in den Ländern und die Klarheit bei der Finanzierung. Und da sehen wir noch Nachholbedarf.

Die **Vorsitzende**: Ich kann nur sagen, ich bedanke mich bei denen, die die Anhörung mit auf den



Weg gebracht haben. Ich bedanke mich für die guten Fragen meiner Kolleginnen und Kollegen. Und natürlich bedanke ich mich zuallererst bei Ihnen für die wirklich sehr komplexen Antworten und für die verschiedenen Blickwinkel und auch die verschiedenen Anforderungen, die an uns gestellt werden. Also auch in der guten Unterscheidung, was wir zu regeln haben, was an anderer Stelle zu regeln ist und wie man da am besten vorgehen sollte.

Ich glaube, hier herrscht Einigkeit im Raum, dass das ein wichtiges Thema ist und dass wir da dem

Ruf nachgehen sollten, doch stärker darauf zu schauen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt, uns weiter einen guten Verlauf in der Plenarwoche.

Ich schließe die Anhörung. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 12:46 Uhr
Sim